

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 188.

Donnerstag, den 13. August 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Sieger von Sadowa in der Kaserne.

R. K. Bis vor ungefähr 10 Jahren hatten die Volksschullehrer das Privilegium, ihrer aktiven Wehrpflicht mit einigen Wochen genügen zu dürfen. Aber da kam plötzlich über tonangebende preussische Lehrer der Gedanke, daß die Lehrer das Einjährigfreiwilligenrecht beanspruchen müßten. Die patriotische Phrasentrommel wurde gerührt, obwohl hinter dem Spektakel nichts steckte, als die Sehnsucht nach der Reserveleutnantswürde. Es ist ja so schön, manchmal als Sommerleutnant herumgehen zu dürfen, mögen einem auch schon die Kinder auf fünfzig Schritt Entfernung ansehen, daß man „nur“ ein Sommerleutnant ist.

Als seinerzeit die Propaganda für das Einjährigfreiwilligenrecht der Volksschullehrer einsetzte, habe ich auf die Schattenseiten dieser Bestrebungen hingewiesen. Ich habe daran erinnert, daß die Schullehrer meistens aus nur wenig oder garnicht begüterten Familien stammen und sie daher gezwungen sein würden, als Einjährige auf Staatskosten zu dienen, wodurch sie zu Einjährigen 2. Klasse würden. Damals habe ich auch prophezeit, daß niedriger Kirchendienst und Reserveleutnantswürde nach den Anschauungen vieler Offiziere nicht in Einklang zu bringen seien und es daher sehr fraglich sei, ob die Hoffnungen der Lehrer auf die Epauletten sich anstandslos erfüllen würden. Die Tatsachen geben mir recht.

Und wie es den Lehrern in ihrer Eigenschaft als Einjährige auf Staatskosten manchmal ergeht, hat ein Lehrer in Nr. 29 und 30 des „Lehrerheim“, Wochenblatt für Lehrer und Lehrerfreunde (Verlag Robert Lutz, Stuttgart), seinen jungen Kollegen, die vor dem Entschluß stehen, ob sie als wirkliche Einjährigfreiwillige oder als Einjährige auf Staatskosten (Staats-einjährige) dienen sollen, erzählt. Wir wollen dem Lehrer, der anscheinend in einer württembergischen Kaserne gebietet hat, selbst das Wort geben. Unter anderen schreibt er:

„Am ersten Tag war's: Beim Kleideranpassen gerieten wir fälschlicherweise unter die Einjährigen. Wir wurden erkannt und als „Schulmeister“ zurückgewiesen und von wem? Von einem Herrn Feldwebel. „Die Schulmeister sollen machen, daß sie fortkommen und sich bestimmen, was sie's nächste Jahr ihren Kindern aufgeben wollen.“

Abends 7 Uhr, fährt unser Lehrer fort, schlendern die Einjährig-Freiwilligen zum Kasernentor hinaus, die Schulmeister bekommen eine Stube in der Kaserne angewiesen. Schmale, schmutzige, wackelige Schränke stehen regellos umher, zweistöckige Bettstellen primitivster Art sehen dich in anfrichtiges Staunen, bloß offene Strohfäcke liegen drin. Ein Tisch, allerdings nicht „mit glänzendem Wachs gebohrt“, Stühle, die sehr an Melkstiße erinnern, und ein Wasserfaß sind das einzige Mobiliar. Ein mit Urin gefüllter Eimer verbreitet modrige Luft. Jetzt tritt ein Unteroffizier, dein Vorgesetzter, ein und bringt für jeden eine schmutzige Schüssel aus Eisenblech, dein Waschbecken, eine kleinere, glanzlos vernickelte Schüssel mit zwei Henkeln, es ist dein „Eßschlag“, zwei dreifach gewobene, grau-weiße Stücke Leinwand, die Handtücher, zwei mächtig große, graue Teppiche, dazu einen grau- und blaukarrierten Überzug und ein großes, grau-weißes Plüsch. Vergeblich suchten wir ein Kissen; auf ein hartes Strohpolster in verwaschenem Überzug mußten wir künftig unser Haupt hinlegen. . . .

„Mittags gib's „Kutteln“. Wenn einer das Fischen versteht, mag er immerhin etliche Brocken fangen, im übrigen ist die Speise sehr dünnflüssig. Kommissbrot ist fester. Du eißt zur Kantine und suchst dort Deinen Hunger zu stillen. Der Einjährige legt nicht mehr Geld aus und hat ein anständiges Essen auf reinem Porzellanteller, der „Schulmeister“ versucht, das Fett im blechernen „Eßschlag“ mit kaltem Wasser und etwas Sand vom Kasernenhof zu entfernen. Guten Appetit!

Der „Schulmeister“ ist Kellner und Spüljunge! An Stelle einer angenehmeren Unterhaltung nach Tisch bearbeitet der „Schulmeister“ seine Kleidungsstücke mit Puzpasta, Gullalin, Kreide, Wische, Schuhfett. Sein Korporalschaftsführer, der Einjährige und „Schulmeister“ ausbildet, achtet die Fertigkeiten der letzteren im Putzen und befiehlt ihnen, seine Kleider, Stiefel, Koppel, Parontaschen, Helm, Seitengewehr jeden Mittag und jeden Abend auf seinem Zimmer zu holen und tadellos zu putzen.

Der „Schulmeister“ ist Unteroffizierspuger! Wünscht der Herr Vorgesetzte eine Zigarre zu 5 zu rauchen, so erteilt er dem „Schulmeister“ den ehrenvollen

Auftrag. — Gehorsam gegen die Vorgesetzten! — Du bewegst deine ohnehin schon müden Knochen 84 Stufen abwärts und 84 Stufen aufwärts. Vielleicht bedankt sich der „Herr Unteroffizier“. Er muß es ja nicht. Du kommst zurück und er erteilt Dir sogar Anstandsunterricht. Ich hatte nämlich angeklopft und beim Hereintreten gegrüßt. Statt des Grußes sollte ich nun künftighin eine stramme Haltung einnehmen und fragen: „Gestatten Herr Unteroffizier, daß ich eintrete.“ Am andern Abend wünscht der Herr Unteroffizier „einen Butter um 6 und einen Rahmkäs um 12“. — Gehorsam gegen die Vorgesetzten! — Der „Schulmeister“ ist Laufbursche des Unteroffiziers.

Nachdem unser Gewährsmann bewiesen hat, daß der Schulmeister, der als Staatseinjähriger dient, in der Kaserne auch als Dfenwischer und Hausknecht Verwendung findet, erzählt er weiter:

„Ist's etwa noch nicht genug, so will ich Dir noch einen Dienst nennen, von dem die „Schulmeister“ auch nicht verschont bleiben. Da innerhalb der Kaserne Nachtaborte nicht vorhanden sind, so werden in den Gängen allabendlich entsprechend hölzerne Gefäße aufgestellt. Die „Schulmeister“ werden ebenfalls dazu verurteilt, dieselben zu transportieren. Und es zog ein der liebliche (!) Duft in seine Nase und Kleider. Aber — Gehorsam gegen die Vorgesetzten!“

Der „Schulmeister“ ist Latrinearbeiter! Die ungezählten Scheltworte und gemeinen Ausdrücke, die schon zu häufig im „äußern Dienst“, wieviel zahlreicher dann im „innern Dienst“ gebraucht werden und vor denen der „Schulmeister“ am wenigsten sicher ist, ich will sie nicht wiederholen.

Und bedenke wohl, das sind bloß Dreingaben „nach dem Dienst“, glaube ja nicht, daß Du während des Exerzierens auch wie jeder andere Soldat behandelt würdest! Beim Einjährigen wird oftmals ein oder beide Augen zugebrückt, bei Dir heißt es nur so oft: das kann bloß einem „Schulmeister“ passieren! etc.

Nun die Folgen einer solchen Behandlung. Lieber Freund! Du wirst verdrießlich, notwendig etwas stumpf und stumpfsinnig, wenn nicht gar verbittert. Die 365 Tage sind größtenteils Leidensstage. Edlere Gemüthe sind für diese Zeit so gut wie verloren. Du beneidest den Einjährigen, der nach dem „äußern Dienst“ sich in die Ausgangsuniform wirft und „frei weg“ geht. Ein heiterer Abend im geselligen Kreis entschädigt ihn für die Mühsal des Tages. — Du bist Kellner, Spüljunge, Unteroffiziersbursche, Laufbursche, Dfenwischer, Hausknecht, Latrinearbeiter! . . .

Unauslöschlich, mit glühenden Zeichen stehen diese Erinnerungen in meinem Gedächtnis geschrieben. Ich wollte sie lieber im Letzter wegwaschen; aber es gelingt mir nicht. Lieber Freund! Scheue keine Opfer! Keines ist zu groß! Aber entrinne dem grausamen Schicksal, des Staats- oder Kasernen-Einjährigen, solange es noch Zeit ist. Noch ein Wort meines Leidensgenossen: „Wenn mir jemand solches vom Kommunismus gesagt hätte, ich hätte freiwillig gedient, und wenn ich das Geld beim Juden hätte holen müssen.“ Das ist auch meine leibere verspätete Klage.

Darum: Diene unter allen Umständen als „Einjährig-Freiwilliger.“

Wie bei so vielen anderen hat auch hier die deutsche Kaserne es verstanden, die Milch der frommen Denkart in gährenden Drachengift zu verwandeln. Und dabei ist dem Lehrer nichts passiert, was nicht jedem anderen „gemeinen“ Soldaten geschieht. Von Mißhandlungen ist er offenbar vollkommen verschont geblieben.

Nach unserer Anschauung liegt es freilich im Interesse der Armee, daß auch Gebildete am eigenen Leibe zu spüren bekommen, welchen Unannehmlichkeiten der gewöhnliche Mann in der Kaserne selbst dann ausgesetzt ist, wenn er nicht direkt geschunden wird. Gabe es nur Staats-Einjährige, also nur solche Einjährige, die das ganze Jahr in der Kaserne wohnen und essen müßten und denen auch sonst keine Extrawurst gebraten würde, so wäre das Los der gemeinen Soldaten besser, weil die besitzenden Klassen dann ein großes Interesse daran hätten, den Aufenthalt in der Kaserne angenehmer zu gestalten, als er es jetzt ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Preussische Paschas.

Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht die Zusage eines landwirtschaftlichen Unternehmers, aus der sich folgendes ergibt: Der Regierungspräsident (welcher ist nicht gesagt) hat verfügt, daß Ruthenen und polnische Galizier nicht auf einem Gute

zusammen arbeiten dürfen. Der betreffende Unternehmer, der bisher Ruthenen und Polen beschäftigte, die sich durchaus gut miteinander vertragen haben, fragt, wer ihm nun Ersatz schafft und wer die Kosten trägt? Wir fragen weiter: Wer schützt die Arbeiter gegen diese schreiende Willkür? Wer entschädigt ihre Verluste? Die Arbeiter haben Kontrakte mit dem Unternehmer, da kommt die Polizei und zwingt diesen, kontraktbrüchig zu werden und die Ruthenen zu entlassen. Arbeit zu finden, wird den Entlassenen sehr schwer werden, denn auch andere Unternehmer beschäftigen polnische Wanderarbeiter und dürfen sie nicht nehmen. Erklären kann man die Sache wohl nur so: der Regierungspräsident hat offenbar etwas von Nationalitätskämpfen zwischen den Polen und den Ruthenen gehört und nimmt nun an, daß überall, wo Arbeiter dieser beiden Nationalitäten zusammenkommen, es zum Streite kommt. Diese Schlussfolgerung ist aber durchaus verkehrt, denn wenn sich die Kabaupolitiker in den Haaren liegen, so folgt daraus noch lange nicht, daß die Arbeiter Lust haben, sich wegen des nationalen Gegensatzes die Köpfe einzuschlagen. Selbst wenn in dem Regierungsbezirke Fälle vorgekommen sein sollten, in denen Polen und Ruthenen Krakeel miteinander hatten — es scheint das nicht der Fall zu sein, sonst hätte die bürgerliche Presse doch gewiß Lärm geschlagen —, so besteht noch lange kein Grund, solche Fälle zu verallgemeinern.

Der Vorgang beweist nur wieder von neuem, daß in Preußen der Fremde, besonders der fremde Proletarier, der absoluten Willkür der Polizeiorgane ausgesetzt ist. Eine Bestimmung, die dem Regierungspräsidenten ein solches Vorgehen gestattet, gibt es natürlich nicht. Aber freilich! Diese Herren sind gewöhnt, so unbeschränkt zu wirtschaften, wie die türkischen Paschas. Diese werden jetzt wohl von der revolutionären Bewegung gezähmt werden. Wann wird das mit den preussischen Paschas geschehen?

Neue Werdmaschinen.

Die „Konj. Korr.“ schreibt: „Die Firma Krupp in Essen hat nunmehr die Patentrechte des von dem schwedischen Obersten Unge erfundenen Lufttorpedos angekauft, unter der Bedingung, daß die schwedische Regierung das Recht haben soll, von dieser neuesten Waffe in jeder Weise Gebrauch zu machen. Oberst Unge hat, nachdem er so seinen patriotischen Gefühlen gerecht geworden ist, ein ausgezeichnetes Geschäft gemacht, denn die Firma Krupp hat für die Patente dieses Lufttorpedos, das als die fürchtbarste Zerstörungswaffe, die je erfunden wurde, bezeichnet wird, eine große Summe bezahlt. Oberst Unge's Torpedo kann abgeschossen werden, ohne daß ein Rückschlag erfolgt. Das Torpedo ist leicht und kann schnell von Ort zu Ort bewegt werden. Das Lancierrohr ist auf einem Automobil befestigt, kann leicht abgeprobt und ohne besondere Vorbereitungen abgefeuert und auch viel schneller in die Feuerstellung gebracht werden, als die Geschütze der Feldartillerie. Die Waffe kann in jeder Art der Kriegführung benutzt werden. Bei Belagerungen von Festungen muß sie an den stärksten Verteidigungswerken fürchtbare Verheerungen anrichten. In offener Feldschlacht kann das Torpedo ebenso gegen Truppenverbände wie gegen Truppen in gedeckter Stellung geschleudert werden. Die Tatsache, daß das Torpedo geräuschlos abgefeuert werden kann, macht es dem Feinde schwer, die Stellung der angreifenden Torpedobatterie aufzufinden. Bei der Küstenverteidigung könnte ein Lufttorpedo so abgefeuert werden, daß es auf dem Verdeck feindlicher Schiffe niederfällt.“ Oberst Unge hat für den Marinegebrauch ein Lufttorpedo größeren Kalibers erfunden; und so können in Zukunft Kriegsschiffe über und unter der Wasseroberfläche beschossen werden. Für den Gebirgskrieg wird ein kleiner Typus der Torpedos konstruiert, wo es noch in Gegenwart tun kann, die für die jetzige Gebirgsartillerie unerschwingbar sind. Die militärischen Sachverständigen erklären das Lufttorpedo für eine epochenmachende Erfindung, die der modernen Kriegführung einen neuen Schrecken hinzufügt.“

Wenn Krupp für das neue Werdwerkzeug eine große Summe bezahlt hat, so darf man wohl annehmen, daß das Kriegsministerium hinter dem „Geschäft“ steckt. Das wird sich übrigens schnell genug herausstellen. Wenn der nächste Militäretat kommt ohne eine Forderung für Lufttorpedos, dann wollen wir annehmen, die Firma Krupp habe einmal „nur der Wissenschaft halber“ große Summen geopfert, ohne die Spekulation, das Geld hundertfach am Reich wieder zu verdienen.

Die Arbeitskammern.

Der Gesetzentwurf über die Arbeitskammern wird nach den „Münch. Neuest. Nachr.“ angehts der Kritik, die der vorläufige Entwurf gefunden hat, in den Bundesrats-Ausschüssen einer durchgreifenden Umarbeitung unterzogen, die zwar nicht das Prinzip der paritätischen Zusammenfassung der Arbeitskammern und nicht ihr Tätig-

keitsgebiet betreffen, dagegen aber die Organisation ändern soll. Die Anlehnung an die Berufsvereine ist als Aufgabe, ebenso der Wahlmodus für die Arbeitervertreter. Festgehalten aber soll der Grundsatz der beruflichen Gliederung werden, wenn auch den territorialen Verhältnissen mehr Zugeständnisse als bisher gemacht werden sollen. Man wird sich aber wohl irren, wenn man aus dieser Mitteilung den Schluß zieht, der Gesetzentwurf über die Arbeitskammern werde so gestaltet werden, daß er auch nur bescheidenen Ansprüchen der Arbeiter genüge.

Bülow und die Reichsfinanzreform.

Wie eine Berliner Korrespondenz erfahren haben will, soll Fürst Bülow beabsichtigen, dem Reichstag nur solche Steuervorlagen zu unterbreiten, deren Annahme durch den Block sicher ist. Der Kanzler rechnet mit einer Vermehrung der Einnahmen um mindestens 400 Millionen Mark. Seine Absicht geht dahin, die Finanzen des Reiches so zu sanieren, daß auf lange Jahre hinaus der Reichstag sich nicht mehr mit Steuerplänen zu befassen haben wird. Man tut gut, diesen ganzen Versionen nicht zu viel Wert beizumessen. Der Plan der Regierung geht offenbar dahin, die Steuervorlagen möglichst spät einzubringen und sie dann mit Hilfe des Blocks durchzusetzen. Daß dieses Aberrumpelungsmanöver nicht gelingt und daß das Volk genügend Zeit findet zum Protest, dafür werden die Sozialdemokraten sorgen.

Ein guter König und eine gute Presse.

Süßig brachte ein Brüsseler Blatt, das in solchen Dingen bisher stets eine gute Witterung zeigte, die Mitteilung, daß für Deutschland besondere Prekognitionen des Kongostaates beständen, und daß insbesondere die belgischen Konsulen in näher bezeichneten deutschen Städten durch die dortige Presse für den König Leopold und für sein Projekt, den Kongostaat den Belgiern um ungeheure Summen aufzukaufen, Stimmung machten, in der Erwartung, daß diese Artikel als „unparteiische Urteile“ in Belgien ihre Wirkung tun würden.

Unter diesen Umständen ist es nicht überraschend, daß sich seit einiger Zeit in großen deutschen Blättern Lobeshymnen auf Ehren-Leopold finden, wie z. B. folgende:

„Es ist ein Genuß, mit dem König zu sprechen. Da erörtern wir jetzt seit Wochen die koloniale Frage von allen Gesichtspunkten aus, und nachdem man sich nur eine Stunde mit dem König unterhalten hat, ist man ganz verblüfft, wie viel man hinzugelernt hat. Welch verführerische Überredung im Gedankengang! Welch wunderbarer praktischer Scharfblick! Wie kennt er den Kongo, seine Reichtümer, seine Zukunft! Man ist verwirrt, wenn man zuhört, wie er im eindringlichsten Tone die Utopien, die Irrtümer, die Vorurteile widerlegt, um die sich die parlamentarischen Erörterungen tagelang gedreht haben. Dinge, die verwickelt schienen, werden bei dieser Darlegung einfach und klar und man ist erstaunt, daß man so fernab gesucht hat, was so nahe zu finden war. Was den König schmerzt, ist das Mißtrauen, mit dem jeder seiner Pläne aufgenommen wird.“

So erscheint der Hörerjobber aus dem Hause Koburg mit der Zeit als ein Wüstermonarch, dem nichts mehr am Herzen liegt als das Wohl „seines“ Volkes und die Größe „seines“ Landes. Als eine Probe, wie heutzutage „öffentliche Meinung“ gemacht wird, verdient diese Art der Reklame jedenfalls Beachtung.

Wirkungen des Schutzollpolitik.

Im Jahresbericht des Vereins der Märkischen Kleinindustrie heißt es über die Handelsverträge:

Nachdem nun auch mit Spanien und den Vereinigten Staaten Abmachungen getroffen sind, ist bis zum Jahre 1918 unser handelspolitisches Verhältnis zu den außereuropäischen Staaten in umfassender Weise vertraglich festgelegt. Für diese Zeit muß die Kleinindustrie die Opfer für die Landwirtschaft erwiesenen Vorteile bezahlen. Wie groß diese Opfer sein werden, läßt sich in keiner Weise berechnen, leider steht zu befürchten, daß bis dahin die Ausfuhrmöglichkeit in viele bisher bedeutende Absatzländer vollständig verloren gegangen sein wird.

Der Vorstand des Vereins der Märkischen Kleinindustrie hatte während der Kämpfe um den Zolltarif eine Resolution zugunsten hoher Korzölle vorgeschlagen, die mit einer Mehrheit von nur 10 Stimmen abgelehnt wurde.

Agrarische Schmerzen.

Offiziös verlautet, daß kommenden Winter die Handelsvertragsverhandlungen mit Dänemark wieder aufgenommen werden, und das macht den Agrariern patriotische Beklemmungen. Diese Art Patriotismus hat natürlich, wie bei den Agrariern stets, einen stark metallischen Beigeschmack. Sie fürchten, daß das Deutsche Reich den Dänen Zugeständnisse für die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte machen muß und deshalb sind sie plötzlich für die durch Dänemark angeblich bedrohte Sicherheit des Reiches ungemein besorgt. In der „Deutschen Tageszeitung“ läßt deshalb ein Graf Ransau-Rastorf seine „wärmende“ Stimme erlösen. Er hebt hervor:

„Ich fürchte, daß bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Dänemark die wirtschaftspolitischen Erwägungen in den Hintergrund gedrängt werden durch allgemeine politische Wünsche, ich fürchte, daß bei diesen Verhandlungen von neuem eine verhängnisvolle Rolle spielen wird das emsige Bemühen, die Freundschaft des Staates Dänemark für die große Politik zu gewinnen. Ich fürchte zweitens, daß unsere Reichsregierung sich leiten und beeinflussen lassen wird von einer viel zu weitgehenden Rücksicht auf den dänischen und freihändlerischen Freisinn.“

Auf die freisinnigen Blockbrüder ist der Graf anheimelnd überhaupt nicht zu sprechen, denn seine Ansicht über ihre Zugehörigkeit zum Block kleidet er in diese Sätze:

„Über die Blockpolitik im allgemeinen mich auszusprechen, ist hier nicht der Ort; sie mag als taktisches Manöver des Reichskanzlers ihren Wert haben, sie mag als vorübergehende Erscheinung nützlich sein, für die Dauer kann ich mir Gutes

nicht davon versprechen, denn ich weiß als Landwirt und Richter, daß eine so heterogene Paarung wie diejenige zwischen konservativ und freisinnig zur Züchtung brauchbarer Produkte ungeeignet ist.“

Daß der Agrarier den Block unter dem Gesichtswinkel der Viehzucht betrachtet und in dem Freisinn ein nicht zur Zucht geeignetes Stück Vieh erblickt, ist eine Leistung, die entschieden festgehalten zu werden verdient. Der Artikel schließt mit der Mahnung an alle diejenigen, die der deutschen Landwirtschaft den ihr gebührenden Schutz erhalten wollen, sich zur Abwehr bereitzuhalten. Die dänische Landwirtschaft, die nicht durch Schutzzölle behütet wird, ist als mustergültig bekannt, deshalb die Angst vor der drohenden Konkurrenz.

Eine neue freisinnige Stimmungslumperi.

Die letzten blutigen Kämpfe zwischen Proletariat und Militär in Frankreich haben den Arbeitern wieder so recht gezeigt, daß sie das gesamte Bürgertum gegen sich haben. Dies beweisen nicht nur die frivolen Auslassungen der „Lemps“, die mit schamlosem Behagen die Greuelthaten der Truppen ihren Lesern mitteilt; auch ein deutsches Freisinnblatt — die „Freisinnige Zeitung“ — zollt den Gewalttaten ihre Anerkennung. Sie wetteifert sogar mit ihren konservativen Kolleginnen vom Block in der Beschimpfung der kämpfenden Arbeiter und ist mit dem Vorgehen der französischen Regierung selbstverständlich vollständig einverstanden. Aber das Freisinnblatt geht noch weiter; in einer Betrachtung über die vorgenommenen Verhaftungen magt sich ihm der folgende Stoßseufzer aus der angstbekommenen Brust:

Recht so! Es scheint so, als ob man diesen Lumpen diesmal schärfer als gewöhnlich an den Kragen geht.“

So äußern sich die angeblichen Nachfahren der Barrikadenkämpfer von 1848 über Barrikadenkämpfer von 1908! — Die Arbeiterchaft hat einen neuen Beweis, daß sie den Bourgeois-Freisinn so ziemlich als erbittertsten Feind zu betrachten hat und wird ihre Taktik danach einrichten müssen.

Warum diesmal keine Einladungen nach Nordsee ergingen.

erklärt die „Frankfurter Zeitung“ folgendermaßen:

Auch in diesem Beschluß zeigt sich Fürst Bülow als Meister des Um- und Ausbiegens, da er so der Schwierigkeit entgeht, jetzt zum Zentrum Stellung zu nehmen. Nach der „Kreuzzeitung“ sollen innerhalb der Reichsregierung Bestrebungen im Gange sein, das Zentrum zur Reichsfinanzreform heranzuziehen. Hätte nun Fürst Bülow mit seinen Einladungen die Zentrumspolitiker übergangen, dann hätte diese Partei neuerdings gemüht. Sie einzuladen wäre indessen für den Reichskanzler etwas eigentümlich gewesen und so macht er es wie der Gemann, der im Zweifel, was er seiner Frau schenken soll, ihr zuletzt gar nichts schenkt.

Weshalb soll Herr Bülow seiner liberalen Frau, die er sich in morganatischer Ehe auch nur zur linken Hand hat antrauen lassen, überhaupt noch etwas schenken? Er setzt auch so bei ihr alles durch.

Was sagt die bürgerliche Presse nun?

Als aus Anlaß des Zeppelin-Kummels unsere Parteiorgane den Standpunkt vertraten, daß das Reich die Pflicht habe, Zeppelin helfend zur Seite zu stehen, da zeigte die bürgerliche Presse in ihrer Mehrheit gegen uns. Nun stellt sich heraus, daß der Vorstand des preussischen Landeskriegerverbandes unsere Auffassung teilt. Er veröffentlicht in der „Parole“ folgende Erklärung:

Wir nehmen an, daß von unseren Verbänden und Vereinen vielfach die Anregung gegeben wird, Sammlungen für den Grafen Zeppelin zu veranstalten. Wir bedauern aufrichtig den unglücklichen Ausgang der kühnen Fahrt, doch bitten wir, bei allem Interesse für den wackeren Helden und sein Werk, von Sammlungen unter den Kameraden absehen zu wollen. Wir sind fest überzeugt, daß das Deutsche Reich eingreifen wird.

Der Vorstand
des preussischen Landes- und Kriegerverbandes.
v. Spig.

Setzt hat die bürgerliche Presse das Wort!

Die Auflösung des badischen Landtags

soll in den maßgebenden Kreisen zu Karlsruhe erwogen werden, weil die Zweite Kammer am Sonnabend bei der Abstimmung über das Finanzgesetz nicht so viele Steuern bewilligt hat, wie die Regierung verlangt hat. Ob die Regierung wirklich dazu gelangen sollte, deshalb die Kammer aufzulösen, und schon in diesem Jahre noch die Neuwahlen vornehmen zu lassen, die sonst erst im nächsten Herbst erfolgen werden, erscheint kaum glaubhaft. Sie könnte doch unmöglich annehmen, daß das Land ihr das Vergnügen machen würde, eine Kammer zu schicken, die bereit wäre, ihr noch höhere Steuern zu gewähren. Wenn es nach den Sozialdemokraten gegangen wäre, so würde zwar die Vermögenssteuererhöhung bewilligt worden sein, aber natürlich nur zu dem Zweck, die Einkommensteuererhöhung zu vermeiden oder doch zu mindern. Denn diese letztere Erhöhung trifft auch 57 Prozent aller Steuerpflichtigen, die nur ein Einkommen bis 2000 Mk. haben; 32 Prozent aller Steuerpflichtigen haben sogar nur ein Einkommen von höchstens 1500 Mk.; für sie bedeutet die Steuererhöhung eine große Last.

Inzwischen hat auch die Erste Kammer zu der Angelegenheit Stellung genommen. Sie hat in der Absicht, sich den Beschlüssen der anderen Kammer zu nähern, aber ein Kompromiß zu ermöglichen, entsprechend den Vorschlägen ihrer Kommission beschlossen, die Einkommensteuer statt um 8 1/2 Prozent um 10 Prozent zu erhöhen, die Vermögenssteuer, an der natürlich vor allem die von den Herren der Ersten Kammer vertretenen Kreise zu tragen hätten, aber abzulehnen und die Fleischsteuer nicht aufzuheben. Der Finanzminister Honfelli hatte vorher noch erklärt, daß die Regierung die Beschlüsse der Ersten Kammer annehmen wolle, die der Zweiten Kammer aber seien für die Regierung unannehmbar. — Nun kann die Zweite Kammer zeigen, ob sie Rückgrat besitzt oder es vorzieht, nachzugeben.

Schweiz.

„Ganz wie in Preußen. Bei den Kantonsratswahlen zu Solothurn vor einigen Wochen wurden auch mehrere sozialdemokratische und bürgerliche Eisenbahn-Angestellte als Abgeordnete gewählt. Die vorgesezte Behörde untersagte aber aus „dienstlichen Gründen“ den Gewählten die Ausübung ihres Mandats, und nun hat die Kreisdirektion in Basel als höhere Instanz den Ukas bestätigt. Dadurch wurden die Eisenbahner enteignet, zu Bürgern zweiter Klasse, zu Heloten degradiert, wogegen eine sozialdemokratische Versammlung wie auch der Gemeinderat in Olten protestierten. Das sozialdemokratische Parteikomitee wird nun noch einen Rekurs an die General-Direktion der Bundesbahnen in Bern richten.“

Rußland.

Der russische Galgen. Eine prächtige Illustration zu der Behauptung Stolypins, daß gegenwärtig bloß 15 Hinrichtungen im Monat vorgenommen werden, bieten die nachstehenden — bei weitem nicht vollständigen Daten die von der Zeitung „Retsch“ auf Grund der täglichen Blättermeldungen für das erste Halbjahr 1908 zusammengestellt wurden. Es fanden hiernach statt:

	Todesurteile	Hinrichtungen
Januar . . .	116	43
Februar . . .	122	56
März . . .	184	47
April . . .	106	49
Mai . . .	217	81
Juni . . .	131	54
im ganzen	856	330

Die verhältnismäßig geringe Zahl der Hinrichtungen ist nicht etwa ein Ergebnis von Begnadigungen — diese finden gegenüber politischen „Verbrechern“ nur äußerst selten, fast niemals statt —, sondern der unvollkommenen Berichterstattung über die vollzogenen Hinrichtungen. Während die gefällten Gerichtsurteile in der Regel (aber auch nicht immer) in die Presse bringen, ist das bei den Hinrichtungen nicht der Fall. So wird häufig mitgeteilt, daß in dieser oder jener Stadt eine Reihe von Todesurteilen bestätigt wurde, über den Urteilsvollzug wird aber nichts mitgeteilt. Sie finden meist statt in finsterner Nacht, irgendwo außerhalb der Stadt, und selbst die Petersburger Regierung hat — wie Stolypins Gehilfe, Makarow, eingestehen mußte — keine Kenntnis darüber, wie viele Hinrichtungen täglich vollzogen werden. Nach den einzelnen Ortschaften gruppiert wurden im verfloffenen Halbjahr zum Tode verurteilt: In Warschau 150, Kiew 91, Riga 83, Lodz 36, Odessa 50; Petersburg 47, Moskau 39, Sekaterinoslaw, Reval 34; Charkow 24, Perm 23, Wilna 21 usw. Hinrichtungen fanden (nach den Meldungen der Presse) statt: In Warschau 46, Lodz 36, Kiew 30, Odessa 27, Cherson 18, Sekaterinoslaw 18, Riga 17 usw.

Türkei.

Das neue Wahlgesetz. Das Wahlgesetz ist den Verwaltungsbehörden zugegangen. Die Wahlen erfolgen indirekt. 500 oder wenigstens 250 Urwähler entsenden einen Wahlmann. Die Wahlkreise decken sich mit den Sandschaks (Bezirken). Auf 50 000 männliche Einwohner entfällt ein Abgeordneter. Diejenigen Sandschaks, in denen die Zahl der männlichen Einwohner 50 000 nicht erreicht, entsenden einen Abgeordneten, wenn sie wenigstens 25 000 Einwohner haben. Weitere Grenzen sind folgende: Sandschaks mit 50 000 bis 75 000 männlichen Einwohnern erhalten einen Abgeordneten, mit 75 000 bis 125 000 zwei, bis 175 000 drei, bis 220 000 vier Abgeordnete. Das aktive Wahlrecht erlangt jeder selbständige, im Besitze der bürgerlichen Rechte stehende Ottomane mit dem zurückgelegten 25. Lebensjahr, falls er irgend eine Steuer entrichtet. Auch aktive Militärpersonen sind wahlberechtigt. Das passive Wahlrecht ist durch das Mindestalter von 30 Jahren bedingt. Staatsämter und Ministerstellen sind mit der Ausübung des Abgeordnetenmandats unvereinbar. Die Wahlen werden durch Wahlkommissionen ohne Mitwirkung der politischen Behörden geleitet.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 13. August.

Achtung Banarbeiter! Über die Siebbaubarbeiten in der Markt- und Kaiser Wilhelmstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinhaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt worden.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Siebbaubarbeiten in der Marktstraße sowie über den Bau in Kalthof-Schwartzau, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, die Sperre verhängt worden. Als Akkordanten fungieren J. Fabz, Werberstraße, J. Mädel, Krempeisdorfer Gasse. Ferner ist die Sperre über den Bau von Heidenreich und Görner im Fünfhause verhängt worden.

Achtung Schuhmacher! Über die Schuhwaren-Reparaturwerkstätten von Peter Bernhardt, Hüterdamm 10, sowie S. Dettmann, Königstraße 24, ist wegen Nichtanerkennung unserer Organisation die Sperre verhängt worden. Die Arbeiterchaft Lübecks wird ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

Zur Aussperrung auf der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft ist mitzuteilen, daß dieselbe vorläufig bis zum 19. August verschoben worden ist. Den Leuten von der Nachtschicht, welche gestern ihre Entlassung erhalten hatten, ist mitgeteilt worden, daß sie vorläufig weiter arbeiten können. Die Zahl der Entlassenen ist von uns gestern irrtümlicherweise zu hoch angegeben worden.

Die kameradschaftlichen und Kriegervereine sind in Wirklichkeit nichts anderes als Helfershelfer der Reaktion; das haben wir erst dieser Tage zur Genüge nachgewiesen. Es scheint, als ob diese Erkenntnis sich auch allmählich bei den Liberalen bemerkbar macht. So schrieb das „Berliner Tageblatt“, ein Hauptorgan der Liberalen, im Anschluß an den Ukas des Kypfhäuser-Bundes der Kriegervereine:

„Mit anderen Worten: Der politische, reaktionäre Charakter der Kriegervereine prägt sich immer schärfer aus, immer mehr werden sie zu Hilfstruppen des herrschenden Regimes gestempelt und immer mehr verlieren sie ihren kameradschaftlichen

lichen und patriotischen Charakter. Männer, die auf ihre Unabhängigkeit und Freiheit halten, können kaum mehr in diese, unter strengster Aufsicht und Fuchtel gestellten Verbände eintreten, ohne an Selbstachtung zu verlieren. Die Kriegervereine sind eines der Mittel, durch die das militärisch-depotistische Regiment sich immer mehr in das bürgerliche Leben hinein ausdehnt, stummen Gehorham verlangt und die verfassungsmäßige Freiheit bedroht. Für jeden aufrichtig liberalen Mann muß die Losung lauten: Raus aus den Kriegervereinen, insbesondere hinaus aus dem Kuffhäufersbund!

Die Lübecker Liberalen werden sich wahrscheinlich herzlich wenig nach dieser Losung richten; es gibt übrigens auch nur wenig Leute, die sie für aufrichtig liberal halten. Das intime Verhältnis mit dem berüchtigten Reichsverband bleibt eben nicht ohne Folgen. Bekannte Freisinnige spielen in den hiesigen kameradschaftlichen Vereinen eine gewisse Rolle und fühlen sich anscheinend sehr wohl dabei, als Schleppenträger der Reaktion fungieren zu dürfen. Die Arbeiter mögen jedoch auch aus den Ausführungen des „Berliner Tageblatts“ das entnehmen, was wir s. B. schreiben, nämlich: daß sie als Männer, die auf politische Gewinnung und ihre Ideale etwas halten, nicht Mitglieder der Militärvereine sein können, sofern sie nicht an Selbstachtung und an Achtung in den Augen anderer verlieren wollen. Für jeden ausgeklärten Arbeiter, der heute noch Mitglied eines Kriegervereins ist, muß die Losung sein: Heraus aus den Kriegervereinen!

Die Gefahr einer Krankheitsübertragung durch den Gebrauch des Telephons. Eine englische wissenschaftliche Zeitschrift hatte darauf hingewiesen, daß in den Mikrofonen der Telephonapparate des öfteren Tuberkelbazillen gefunden worden sind. Auf eine infolge dessen an das Reichspostamt gerichtete Anfrage ist der folgende Bescheid ergangen: „Nach den hier vorliegenden fachwissenschaftlichen Gutachten erscheint die Gefahr einer Krankheitsübertragung durch den Gebrauch des Fernsprechers oder des Mikrophons, namentlich wenn die im praktischen Leben sonst gegebenen Möglichkeiten zur Übertragung von Krankheiten in Betracht gezogen werden, nur gering. Gleichwohl werden die bei öffentlichen Sprechstellen aufgestellten Apparate täglich gereinigt und desinfiziert. Das Reinigen und Desinfizieren der bei den Teilnehmern befindlichen Apparate ist im allgemeinen Sache der Inhaber der einzelnen Sprechstellen und wird zweckmäßig in der Weise ausgeführt, daß zunächst der Staub mit einem weichen Tuch oder Pinsel entfernt und darauf der Schalltrichter des Mikrophons, die Hörmühlchen und der Handgriff des Fernrohrs mit einem in eine drei- bis fünfprozentige Kohlysoformlösung getauchten weichen Lederlappen abgetrieben wird.“ Geschlecht dies wohl an irgendetwas der Orte, in denen, wie in besuchten Restaurants und Cafés, der Telephonstand niemals leer wird? Auch die einmalige tägliche Desinfizierung der öffentlichen Fernsprecher genügt nicht. Man sollte dieser Gefahr, namentlich bezüglich der Verbreitung der Tuberkulose, doch ernst Aufmerksamkeit zuwenden.

Aus dem Gerichtssaal. Eine alte Taschendiebin, die Ehefrau Regine B. ziert die Anklagebank, um sich wegen mehrerer Taschendiebstähle zu verantworten. Die Angeklagte ist wegen der gleichen Delikte schon mehrmals, zuletzt mit Zuchthaus, vorbestraft. Im Januar d. Jahres stahl sie im Karstadt'schen Warenhaus einer Dame ein Portemonnaie mit 4 Mk. Inhalt und im Juni verübte sie dasselbe Kunststück an einer Frau in einem Nahrungstokal. Hier erbeutete sie zwei Portemonnaies mit 138,54 Mk. Inhalt. Wegen dieser Taschendiebstähle steht die Frau B. nun vor der Ferienstrafkammer. In der Verhandlung ist die Angeklagte geständig, versucht aber, die Fürstin Wrede zu kopieren, indem sie behauptet, von einem unübersteiglichen Drange zum Stehlen erfüllt zu sein. Die darauf angeordnete polizeiarztliche Untersuchung gibt für diese Behauptung der Angeklagten aber keinen Anhalt. Das Urteil lautete deshalb dem Antrag des Staatsanwalts gemäß auf fünf Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust. — Am ihren Schicksal zu sehen, demunzierte die 80jährige Witwe K. einen seit 26 Jahren bei ihr wohnenden Arbeiter wegen Körperverletzung. Vor dem Schöffengericht wurde der also Demunzierte freigesprochen. Wegen wissentlicher falscher Anschuldigung muß die Frau auf ihre alten Tage noch auf einen Monat das Gefängnis beziehen. Dem zu Unrecht angeklagten Arbeiter wurde Publikationsbefugnis des Urteils zuerkannt. — Die Messerstecherei in Dissau, der ein junges Menschenleben zum Opfer fiel, beschäftigt sodann die Ferienstrafkammer. Der Tatbestand ist kurz folgender: Am 21. Juni d. J. fand in Dissau Tanzmusik statt, an der sich die beiden Knechte Schippmann und Schulz und der beschuldigte in Dissau weilende Schlachtergeselle Umland beteiligten. Schon während des Tanzes suchten die beiden erstgenannten mit Umland Streit anzufangen, ohne daß der Belästigte auf die Angriffe reagierte. Auf dem Nachhausewege wurde Umland von den beiden Angeklagten ständig belästigt, mit einer Baunlatte bearbeitet und erschossen. Wegen schwerer Körperverletzung mit Todeserfolg haben sich deshalb die beiden zur Zeit der Tot noch nicht 17jährigen Kahlhänge zu verantworten. Schulz ist geständig, den Umland mit einer Latte und einer Harke auf den Kopf geschlagen zu haben. Schippmann ist als ein roher Mensch bekannt; er soll Umland gestochen haben, doch bestreitet er das. Der Angeklagte Schulz und andere Zeugen bekunden jedoch, daß sie gesehen haben, wie Sch. den Umland zu Boden geworfen und mit Füßen getreten habe. Der Staatsanwalt beantragte gegen Schippmann 7 Jahre Gefängnis, gegen Schulz 4 Jahre Gefängnis. Nur der Umstand, daß die Angeklagten noch nicht 18 Jahre alt sind, bewahre sie vor dem Zuchthaus. Schippmann wird zu sieben Jahren Gefängnis und Schulz zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Mildere Umstände werden den jugendlichen Verbrechern verweigert. Das einzige, heißt es u. a. in der Urteilsbegründung, was für Schippmann mildernd gelten könne, könne die vernachlässigte Erziehung sein. Aber diese rechtfertigt auch wieder eine längere Strafe, denn es sei vielleicht möglich, daß durch die lange und nachhaltige Einwirkung auf ihn ein brauchbares Mitglied der Gesellschaft aus ihm werden könne.

Die Strafkammer stellte das Verfahren gegen den Kapellmeister Weys wegen Einführung der minderjährigen Kaufmannstochter Jenken-Hamburg ein.

Rationale Schweinefuche. Unter den Schweinen des Arbeiters Heinrich Köhn zu Dissau ist die Kotlaufsuche ausgebrochen. Der Stall des Genannten ist unter Sperre gestellt.

Frei-Badanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 12. August, morg. 5 Uhr: Wasser 17, Luft 9; 10 Uhr: Wasser 17, Luft 20; mittags 12 Uhr: Wasser 17, Luft 16; abends 6 Uhr: Wasser 16, Luft 18½ Grad Celsius.

Leider gestorben ist die 69jährige Frau Schröder, welche vor einigen Tagen in der Moltkestraße aus einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen stürzte und dabei eine schwere Gehirnerschütterung erlitt.

pb. Abhandengekommen und vermutlich gestohlen wurden am 12. ds. Mts. 2 Stühle mit Brettsitz, 1 Stuhl mit Rohrstuhl und ein eiserner Ständer mit einem emaillierten Waschbecken. Die Gegenstände standen ohne Aufsicht vor dem Hause Kronsforder Allee Nr. 106.

pb. Ermittelt und festgenommen wurde ein 18jähriger Arbeiter von hier, der einer Witwe in der Lauerhofstraße aus einer verschlossenen Kommode, die er gewaltsam öffnete, 12 Mk. stahl. Bei der gestrigen erfolglosen Festnahme wurde von dem gestohlenen Gelde nichts mehr vorgefunden, das selbe hatte er in leichtsinniger Weise verbraucht.

pb. Fahrraddiebstahl. Am 11. d. Mts. gegen 10 Uhr vormittags wurde vom Flur des Hauses Mengstraße 28 ein Fahrrad Marke „Nordstern“ gestohlen. Das Rad hat schwarzes Gestell, ebensolche Felgen, nach unten gebogene Lenkstange, Freilauf mit Rücktrittsbremse und trägt die vom Polizeiamt gelieferte Erkennungsnnummer 5418.

pb. Ein Säckchen. Bei der Logiswirtin eines hiesigen Kellners erschien in dessen Abwesenheit ein Mädchen im Alter von etwa 12 Jahren und ließ sich, unter Vorspiegelung der falschen Tatsache, es solle ihn nach der Mühlenstraße bringen, einen echten Panamahut im Werte von 24 Mark aushändigen.

Eine Künstlervorstellung zugunsten Bepzelius fand gestern abend im Hansa-Theater statt. Leider war das Publikum nicht allzu zahlreich erschienen. Verhafteten Beifall fand Frau Mey-Grosz für den stimmungsvollen Vortrag einiger hübscher Lieder. Auch Herr Opernjäger Groeger erwarb sich als stimmbegabter, geschmackvoller Künstler. Die Begleitung der Gesangsporträge wurde von Herrn Kapellmeister Lüthling in diskreter Weise ausgeführt. Daneben fand Herr Lüthling auch als Pianist und Komponist Anerkennung. Als Rezitator bewährte sich bestens Herr Emil Blöb. Den Schluß des Abends bildete die Aufführung des Schwankes „Im Zivill“ durch hiesige Dilettanten.

Stadthallentheater. Man schreibt uns: Mit einer Wiederholung von Bernard Shams „Frau Warrens Gewerbe“ beendet das Ehepaar Otto sein Gastspiel. Das hochinteressante Stück hat bei der Erstausführung sehr ungeheuren Beifall gefunden, solch sensationellen Erfolg erzielt, wie wir ihn hier selten erlebten. Das zahlreiche Publikum stand ganz im Banne der ausgezeichneten Darbietungen des Künstlerpaars. Es ist nur morgen noch Gelegenheit, dieses literarisch so bedeutsame Werk in so vollendeter Darstellung zu sehen. Möge niemand von unserem kunstfertigen Publikum sich diesen letzten Genuß entgehen lassen. Sonnabend ist, in der üblichen vollständigen Vorstellung, jeder Platz 50 Pfg., eine letztmalige Aufführung von „Gretchen“ vorgesehen.

*** Schwartau-Rensfeld.** Auf zur Agitation! Die Genossen und Genossinnen, welche an dem Sonntag, den 16. August, stattfindenden Agitationstour teilnehmen wollen, werden ersucht, sich schon am Sonnabend, den 15. August, abends 8½ Uhr, bei Pinkert zwecks Information und Bezirkserteilung einzufinden.

*** Secrez.** Die Parteigenossen, die zum oldenburgischen Landtag wählen können, werden ersucht, sich zwecks Eintragung in die Urwählerliste am Freitag, den 14. August, beim Bauernvogt Voß von 6—8 Uhr abends zu melden.

Malente. Mit den bevorstehenden Wahlen zum oldenburgischen Landtage beschäftigt sich eine am Freitag abend 8½ Uhr in der „Seelust“ stattfindende Volksversammlung. Genosse Stellung-Lübeck hat das Referat übernommen. Es ist Pflicht der Genossen, in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung für einen zahlreichen Besuch der Versammlung seitens der männlichen und weiblichen Bevölkerung zu sorgen.

Weisenberg. Einen tödlichen Unglücksfall erlitt Montag der Sohn des Maurers Ahlgrimm in der Schneidemühle des Mühlendesslers Böttcher. Der junge A. hatte sich beim Zerlegen der Bäume auf einen der Stämme gesetzt, als plötzlich die Sicherung versagte und der Unglückliche mit großer Wucht gegen die Decke geschmettert wurde. Er erlitt schwere innere Verletzungen, so daß er sofort lebensunfähig war und schon nach einigen Stunden verschied.

Niendorf a. St. Nicht bewahrheitet hat sich das Gerücht, daß die Eheleute N. hier durch mangelhafte Ernährung den Tod ihres vor einigen Tagen verstorbenen, sechs Wochen alten Kindes herbeigeführt haben sollen. Die Untersuchung der wieder ausgegrabenen Leiche durch Kreisarzt Rohwedder aus Rageburg hat ergeben, daß das Kind gut genährt worden ist und ihm auch keine gesundheitsschädlichen Stoffe zugeführt sind.

Hamburg. Mit dem Tode geblüht hat der in der Voigtstraße 16, part., wohnende zehnjährige Henry Teeg die so oft gerügte Unsitte, auf dem Treppengeländer herabzurutschen. Der Knabe wollte vom dritten Stockwerk aus die Rutschfahrt antreten, verlor hierbei das Gleichgewicht und stürzte kopfüber in die Tiefe. Außer einem schweren Schädelbruch hatte er noch schwere Rücken- und Oberarmverletzungen erlitten, so daß er bereits auf dem Transport in das Hafensrankenhaus verstarb. — Großfeuer in Eppendorf. Ein verheerender Brand brach vorleste Nacht gegen 11½ Uhr auf dem Zimmerplatz der Baufirma Gottfried Hagen, Alterthumshaus Nr. 18 (Wohnung Partridgestraße 16), aus und vernichtete diesen mit seinen ganzen Borräten an Bau- und Huthölzern, Werkstätten samt Inventar, Maschinen, Geräten, und verschonte nur ein am Zimmerplatz angrenzendes, ebenfalls der Firma Hagen gehörendes Wohngebäude, während mehrere andere der Alsterseite zuliegende Nachbarwohnhäuser mehr oder weniger schwer beschädigt wurden.

Neumünster. An Pilzvergiftung gestorben ist Dienstag morgen der Arbeiter Heinrich Schumann. Er erkrankte am Sonnabend nach dem Genuß von Pilzen und wurde dem städtischen Krankenhaus zugeführt. Von dort ward er, nachdem scheinbar Besserung eingetreten, von der Ehefrau zurückgeholt. Der Verbliebene hinterläßt vier kleine, noch nicht schulpflichtige Kinder.

Neumünster. Arbeiterisiko. Der Malergehilfe Karl Jesh berührte Mittwoch morgen beim Malen eines Hauses aus Versehen die Drähte einer am Hause entlang führenden Starkleitung. Er blieb zunächst an den Drähten hängen, stürzte dann aber ins Fenster und schließlich auf die Straße. Er wurde schwer verletzt.

|| Kiel. Änderung der Schleswig-Holsteinischen Städteordnung. Das „Hamburger Fremdenblatt“ will erfahren haben, daß die preussische Regierung die Schleswig-Holsteinische Städteordnung abändern wollte. Es soll das Recht der Bürger, die Magistratsmitglieder wieder direkt zu wählen, aufgehoben werden; wie schon jetzt in den allpreussischen Provinzen will die Regierung diese Wahl zum Vorrecht der Stadtverordneten werden lassen. Das liberale Hamburger Blatt beklagt bei der Veröffentlichung dieser Meldung, daß die „außer liberaler Städteordnung“ des meercumshlungenen Landes herab verschlechtert werden soll. Mit diesem Liberalismus hat es nun sein eigenes Bewenden. Ein Jenius, der in den meisten Städten auf 1200 Mark und in Altona gar auf 1500 Mark angelegt ist, macht der Arbeiterschaft eine Beteiligung an den

Gemeinbewahlen fast unmöglich. So ist es in der durch und durch sozialdemokratischen Schwesterstadt Hamburg bisher der Arbeiterschaft noch nicht gelungen, auch nur einen einzigen Vertreter ins Stadtverordnetenkollegium zu bringen. In Kiel aber, wo früher ein verhältnismäßig niedriger Jenius bestand, hat der Jenius aus Furcht vor der Sozialdemokratie 1898 den Jenius hinaufgehakt, ebenso wurde neuerdings ähnliches aus Furcht mitgeteilt. Sollte die Meldung des Hamburger Fremdenblattes richtig sein, so würde der Jenius nur an dem Giede gestraft werden, an dem er selbst gesündigt hat. Unser Kieler Parteiblat, die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“, berichtet nun in Nr. 186 vom 17. August 1908 diese Nachricht dahin, daß es sich um die Verwirklichung eines Planes handelt, der schon vor 2 Jahren im Bulte des Regierungspräsidenten lag. Auch konstatiert unser Kieler Parteiblat, daß 1. die meisten Magistratsmitglieder der Arbeiterschaft durch die wahlberechtigten Bürger abschaffen wollen, 2. daß die reaktionären Elemente vieler Städte das Recht auf Jeniuserhöhung, das jetzt bei 1500 Mk. endet, auf einen höheren Satz (etwa 1800 Mark) steigern wollen, 3. die reaktionären Elemente in Kiel und viele Magistratsmitglieder in verschiedenen Städten ein Klassenwahlrecht einführen wollen. Dem gegenüber steht: 1. Die Mehrheit der bürgerlichen Kreise in Schleswig-Holstein will an der unveränderten Städteordnung festhalten, 2. das Proletariat in Schleswig-Holstein und die abhängigen Beamten unserer Provinz verlangen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für die Wahlen der Magistratsmitglieder wie die der Stadtverordneten. Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ resumiert: „Soll das Wahlrecht geändert werden, so können die Herren sicher sein, daß die Sozialdemokratie nicht schweigen wird. Unsere Forderung geht auf das Wahlrecht der höher kultivierten Menschheit und allerorts werden wir den Ruf erheben: Her mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht!“

Sonderburg. Vier Matrosen ertranken. Als der Kreuzer „Urdine“ Dienstag abend von einer Schiffsübung hierher zurückkehrte, wurde bei der Einfahrt in die Sonderburger Bucht das Manöver „Mann über Bord“ ausgeführt. Dabei ging der Kreuzer infolge Versehens des Postens am Maschinen-Telegraphen vorwärts anstatt rückwärts und überannte einen mit 11 Matrosen besetzten Rutter. Während sieben Mann gerettet werden konnten, ertranken die Matrosen Heinrich Klippe aus Uetersen, Carl Gelsenkirch, Johann Riemers aus Finkenwärder, Gerhard Weber aus Bollingen und Johann Jöller aus Seligenstadt.

Soberau. Ein schwerer Eisenbahn-Unfall ereignete sich am Mittwoch nachmittag, der von Wismar nach Rostock bestimmte Zug entgleiste bei der Stollmer Ziegelei. Die Lokomotive ist die Böschung hinabgestürzt. Der Lokomotivführer sehr schwer verletzt. Die übrigen Wagen stehen zum Teil auf dem Gleise. Der Postwagen ist an einer Seite eingedrückt. Von den Fahrgästen ist niemand verletzt, sämtliche Fahrgäste sind durch die Fenster gerettet. Der Verkehr ist gestört.

Bremen. Einen plötzlichen Tod fand am Sonntag abend ein Arbeiter. Er war mit noch einem Kollegen, beide in stark angetrunkenem Zustande, in eine Wirtschaft am Sandberg eingekehrt. Im Begriffe, das Lokal zu verlassen, bemerkte der Arbeiter, daß in dem Keller unter der Gaststube Bauarbeiter beschäftigt waren. Er wollte durch eine Öffnung des Fußbodens in den Keller sehen und lehnte sich trotz der Warnungen des Wirtes über einen zur Abperrung dort aufgestellten Tisch. Dabei verlor er das Gleichgewicht und stürzte kopfüber in den Keller. Nach wenigen Stunden gab er seinen Geist auf.

Theater und Musik.

Stadthallen-Theater. „Frau Warrens Gewerbe“, Schauspiel in 4 Akten von Bernard Shaw. Gastspiel von Alex Otto und Marg. Otto-Rörner. Bernard Shaw ist Sozialist; er glaubt es wenigstens zu sein. Die deutschen Parteigenossen, die seine seltenen politischen Kapriolen kennen, halten ihn nicht dafür. Niemand wird ihm jedoch bestreiten, daß er ein wirkungsvoller und geistreicher Theaterdramatiker ist. Leider sind seine Komödien, in welchen er gewisse Kreise der „guten Gesellschaft“ mit ägendem Spott überschüttet, in Lübeck bisher nicht zur Aufführung gelangt. Shaw wandelt meistens nicht ausgetretene Wege, sondern er bewegt sich in Richtungen, die von dem Alltäglichen erheblich abweichen. Er versteht es, den Leuten Ohrfeigen zu geben, ohne daß die Betroffenen es zunächst bemerken; erst später werden sie das gewahr. Frau Warrens Gewerbe ist die Vorbildindustrie. Psst, wie unanständig! rufen dieselben Angehörigen der „besseren“ Stände, die den bei ihnen beschäftigten Leuten einen herartigen Hungerlohn zahlen, daß sie der Prostitution in die Arme fallen müssen. Wer ist nun unmoralischer, derjenige, der direkt aus einem Bordell Gemuth zieht und am Ende die bei ihm „tätigen“ Mädchen nicht einmal so ganz schlecht behandelt, oder ein von Christentum triefender Fabrikant, der eine erste Stellung in der Gesellschaft einnimmt, der aber die Arbeiterinnen, welche sich für ihn abradern müssen, mit vier Schilling Wochenlohn abspießt und sie damit gleichfalls einem tieferen Lebenswandel in die Arme treibt? Diese und noch andere Fragen behandelt Shaw in halb ernster, halb scherzhafter Weise. Klaffend fallen die Giebel. Und die Betroffenen spenden Beifall! Die einzelnen Charaktere werden zwar von Shaw mit einem Stich ins Groteske, aber sehr wirkungsvoll gezeichnet. Die Wiedergabe, welche „Frau Warrens Gewerbe“ gestern abend im Stadthallen-Theater erfuhr, war sehr anerkennenswert. Ganz besonderes Lob verdienen die beiden Hamburger Gäste für ihre wirklich hervorragenden Leistungen. Frau Otto-Rörner spielte die Frau Warren schlechterdings vollendet. Ihre Bewegungen, ihre Mimik, ihre Sprache spiegeln alle Gefühlserregungen des hangenden Mutterherzens wieder; nichts war gekünstelt, alles erschien so selbstverständlich, so natürlich, als ob es gar nicht anders sein könnte. Herr Alex Otto gab den Crofts, einen lauderen alten Gentleman, welcher als Kompagnon und Liebhaber der Warren sein Geld in der Vorbildindustrie mit fünfundsiebzig Prozent verzinst erhält und nicht einsteht, warum er schlechter sein sollte als sein Bruder, der Parlamentsmitglied ist und sein Vermögen aus den Knochen seiner Fabrikarbeiterinnen nur mit 20 Prozent verzinst; der treffliche Künstler hatte den Charakter dieses „besseren“ Wäfflings bis ins Kleinste durchgearbeitet. Kein Zug war seinem scharfen Auge entgangen. Man fühlte Abscheu vor Crofts' und Bewunderung für Otto. Von unseren heimischen Künstlern sei zuerst Herr Fall genannt, der den dem Trunke frönden Pastor Sanders in klaren Umrissen gab. Fel. Campmann unterstrich als Vize das Herbe in dem Wesen der Tochter der Frau Warren. Auch die Herren Gabelstein (Frank) und Norden (Wred) fanden sich in guter Weise mit ihren Aufgaben ab. Das Publikum war sehr zahlreich erschienen und spendete lebhaften Beifall. Wir möchten einen Besuch der morgigen Wiederholung von „Frau Warrens Gewerbe“ angelegentlich empfehlen. P. L.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Staudalprozeß in Stettin. Am 10. August fand vor der Strafkammer in Stettin unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Verhandlung gegen den früheren Landrat Goede und den Grenadier Kadow wegen homosexueller Betätigung statt. Sie endete nach etwa 4 1/2 stündiger Dauer mit der Freisprechung der beiden Angeklagten. Das Gericht erachtete nach der Beweisaufnahme nicht für zweifellos festgestellt, daß ein strafbarer Verkehr stattgefunden — das Zusammensein, Umarmungen, Beschenken und gegenseitige Berühren von Körperteilen war aber nicht in Rede zu stellen gewesen. Alles in allem hat zweifellos zwischen beiden Personen mindestens derselbe Verkehr stattgefunden wie zwischen Gulenberg und den Schiffen in den Röhren des Starnberger Sees.

Letzte Nachrichten.

Sulzbach, 12. August. Von den acht bei der Grubenexplosion in Dudweiler schwer verletzten Bergleuten ist der Bergmann Jacob Müller aus Gonesweiler gestorben. Die übrigen sind noch am Leben.

Kopenhagen, 12. August. Zum Streit der Zeitungsgesetzgeber wird gemeldet: Auf Veranlassung des Arbeitgebervereins wird den drei bisher noch erscheinenden Zeitungen kein Papier mehr geliefert. Die Zeitungsträger streifen von heute an, so daß das von 11 Zeitungen gemeinsam herausgegebene Blatt „Pressen“ nicht mehr ausgetragen werden kann.

Mauth (Böhmen), 12. August. In der Nähe der Kirche brach heute vormittag aus unbekannter Ursache ein Feuer aus, das mit großer Schnelligkeit um sich griff. Erst nachmittags gelang es den fast übermenschlichen Anstrengungen

der auch aus weiterer Umgebung herbeigeleiteten Feuerwehren und des zu Hilfe gerufenen Militärs, den Brand einzulegen. 72 Anwesen und Hütten, sowie 14 Scheunen fielen dem Feuer zum Opfer.

Boulogne, 12. August. An Bord des Artillerie-Schiffes „Couronne“, das sich zurzeit in Les Salins d'Hyeres befindet, explodierte eine Kanone. Vier Personen wurden getötet, 12 verwundet, darunter vier schwer. Von den Verletzten sind noch zwei gestorben.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 12. August.

Bauern-Butter Pfd. 1,20—1,25 Mk., Meierei-Butter Pfd. —1,35 Mk., Hasen —, — Mk., Enten 3—3,50 Mk., Hühner 1,60—2,00 Mk., Ruten Stk. 1—1,10 Mk., Tauben Stück 0,50—0,60 Mk., Gänse Pfd. —78 Pf., Ferkelgans — Mk., Schinken Pfd. 0,95—1,10 Mk., Schweinekopf Pfund 45 Pf., Wurst Pfd. 1,15—1,25 Mk., Eier 8 u. 9 Stk. 60 Pf., Serringe — Pfg., Dorsche genügend, Süßwasserfische genug, Karpfen Pfd. — Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Schote Pfd. 1,40, Brachsen Pfd. — Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 80—100 Mk., Karantischen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genügend. Blumenkohl, d. Kopf 0,15—0,25 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Apfel, verschiedenes pr. 100 Pfd. — Mk., Pfäumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kirschen Pfd. 20—30 Pfg., Kartoffeln pr. 10 Liter 60—70 Pf., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk. Mand Pfd. — Pfg.

Getreidepreise.

Lübeck, 12. August.
Weizen, 120—127 Pfd. holl. 200—215 Mk., Roggen 117—123 Pfd. holl. 165—172 Mk., Hafer, nach Qualität 160—170 Mk., hochfein über Notiz. Gerste, nach Qualität 162—172 per 1000 Kilo.

Butter-Motierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein.

Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 12. August.

1. Klasse 235 Drittel zu 124,40 Mk. im Durchschnitt.
2. " 27 " " 115,04 Mk. "

Nie erlahmen

darf die Arbeiterschaft in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist

die Arbeiterpresse.

Seht ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. An dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit

für den „Lübecker Volksbote“ zu agitieren.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böhmig; für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

Sitzung der Obmänner der vereinigten Arbeitergesangsvereine Lübecks am Freitag, den 14. August 1908 abends 9 Uhr im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52

Verband d. Juris-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl. Zahlstelle Schwartz und Umg.

Nachruf.

Am 9. d. Ms. starb unser treues Mitglied der Kollege

Wilh. Froh.

Ehre seinem Andenken.
Die Bevollmächtigten.

Dankagung.

Für bewiesene Teilnahme und zahlreiche Kranzspenden, sowie dem Fabrikarbeiter-Verband und der Firma Gohmann & Jürgens, Sägemühle, meinen herzlichsten Dank.
Bertha Froh geb. Carstens
Gr. Parin.

Schuhmacher gesucht
Karl Obst, Brink 11b.

Gesucht per sofort ein

Laufbursche

außer der Schulzeit. H. Gröper.

Carl Fr. Timm

16 Glockengießerstraße 16.

Die Geschäftsräume sind

wiederum erweitert.

Für die Sommerzeit:
ff. gem. Zucker Pfd. 22 Pfg.
10 Pfd. 2,15 Mk.
ff. Kristall-Zucker Pfd. 23 Pfg.
10 Pfd. 2,25 Mk.
ff. Variet-Zucker Pfd. 24 Pfg.
10 Pfd. 2,35 Mk.
ff. Broden-Zucker in 12 und 18 Broden Pfd. 23 Pfg.
in 24 und 36 Broden Pfd. 24 Pfg.
ff. Rauch-Tafelhonig, gelb Pfd. 30 Pfg.
in 5- und 10-Pfd.-Köpen u. Gimmern sehr billig.
ff. Bienenhonig, garant. rein, Pfd. 70 Pfg.

La. neue Salzgurken Stk. 5, 6 u. 8 Pfg.

Für die Wäsche:

ff. helle grüne Seife nur Pfd. 17 Pfg.
ff. allerfeinste grüne Seife nur Pfd. 19 Pfg.
ff. w. Spar-Seife . . . nur 1/2 Pfd. 12 Pfg.
nur 1/2 Pfd. 13 Pfg.
ff. feine Kern-Seife . . . nur 1/2 Pfd. 14 Pfg.
ff. Reich-Soda 1 Pfd. nur 1 Pfd. 8 Pfg.
ff. Waschlösungsmittel nur 24 Stk. 15 Pfg.
ff. Wasche-Diaz . . . nur 3 Stk. 10 Pfg.
ff. Salzwasser-Desinfektionsmittel 1 Pfd. 18 Pfg.
in Paket 1 Pfd. 20 Pfg.
ff. Synthet-Zoda . . . nur 3 Pfd. 10 Pfg.

Infolge freien Wohnens in meinem zeitgemäßen Geschäftshause ist der ganz geringen Geschäftsämter wegen meine außerordentlich große Leistungsfähigkeit erklärlich und begründlich.

Modernes Waschmittel

garantiert
schadlos
kein Chlor
kein Bleichen
Persil
vollständig
ungefährlich.
kein Waschbrett
kein Bürsten

Für jede Waschmethode passend

allezeitige Fabrikanten auch der weltbekanntesten

Henkel's Bleich-Soda

Henkel & Co. Düsseldorf

Ein neues engl. Schlafzimmer mit echtem Marmor, komplett 210 Mk.

Brüderstraße 14a, I.

Chaiselongue billig zu verkaufen.
Kotenpforte 1, I. rechts.

Billig zu verkaufen ein Petroleum-Gas-Kocher und ein Esstisch
Glandorpstraße 32, part.

Kaninchen zu verk., grosse u. kleine.
Lühnowstraße 27.



Neue Heringe

nur beste, von 5 Pfg. an.

Täglich frische Bücklinge sowie Seezische.

Fischhalle „Gansa“

Tel. 1869.

Fünfschauen 33.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck Markt 4 **Otto Albers** 10. Kahlm.

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen 2,20—6,45
Rauherhosen 2,60—6,75
Schlofferhosen 1,88—5,25
Ueberziehhosen 1,08—2,95
Kwint-Hosen 1,68—3,25

leichte Jaden, schräge und gerade, 1,88
Kajen, Hemden, Schlachterjaden, Feilenjaden,
Raler-Mäntel erstaunlich billig.
Mäntel von 30 Pfg. bis 1,88 Mk.
Note Subcamarken.

Eine große Partie
Tilsiter Käse Pfd. 10 u. 20 Pfg.

Schweizer Käse Pfd. 30—50 Pfg.

Schlumacherstr. 12, auf d. Diele.

Die Geächteten.

Sozialpolitischer Roman aus der Zeit des Sozialistengesetzes.

Von Wilhelm Blas.

In diesem Werkchen sind die Verfolgungen, denen die Sozialdemokraten in jener Zeit ausgesetzt waren, treulich geschildert und erzählt das Parteileben jener Zeit eine Beleuchtung, welche dem älteren Parteigenossen eine Erinnerung an jene Zeit und den jüngeren einen willkommenen Einblick in die Vergangenheit der Partei bringen dürfte. Diesem ersten Bande wird ein zweiter und dritter Band folgen, welche das Treiben der Anarchisten während des Sozialistengesetzes, sowie den Sturz Bismarcks, des Hauptkämpfers dieses Gesetzes, eingehend behandeln wird. Allen Parteigenossen ist dies Werk bestens zu empfehlen und kann der erste Band, der vollständig erschienen ist, in 6 Lieferungen à 20 Pfg. oder gebunden Mk. 2.— bezogen werden durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstr. 46. sowie deren Kolporteurs. Johannisstr. 46.

Klub Fidelitas.

Sommerfest verb. mit Tombola u. Preisschiessen am Sonntag, den 16. August, in Wafenitz-BelleVue.

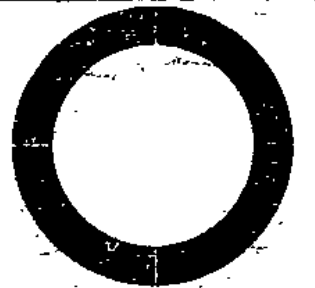
Schiessen von 11—1 und nachmittags von 3 Uhr an.

Anfang 6 Uhr. Eintritt frei (auch im Garten). Garderobe a Person 20 Pfg. Ende 2 Uhr.

Kinder, auch von Nichtmitgliedern, erhalten eine Laterne gratis.

NB. Die nicht verkauften Tombolalose müssen am 16. August bis 6 Uhr abends im Lokal zurückgegeben sein, andernfalls dieselben als verkauft betrachtet werden. Lose sind zu haben bei Buchh. Altmann & Wessel, Brühlstraße 60.

Der Vorstand.



Ein großer Kreis praktischer Hausfrauen gebraucht seit Jahren

Fussbodenöl

Marke „Gebol“
(Gutachten der Innung der Maler)
nur 60 Pfg. das Pfund.

Hafen-Drogerie
Georg Bornhöfft
Untertrave 44/45.

Achtung! Kafearbeiter!

Gemeinschaftliche Mitglieder-

Versammlung am Freitag, den 13. Aug.

abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.

Tagungs-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht.
3. Wahl eines Festkomitees.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen ersucht

Der Vorstand.

Stadthallentheater.

Freitag: 72. Abonn.-Vorstell.
Lehtes Gastspiel Alex Otto und Margar. Otto-Körner von Hamburg.

Bernard Shaw

Frau Warrens Gewerbe.

Sensationeller Erfolg.

Anfang 8 Uhr.

Preise der Plätze im Vorverkauf und an der Abendkasse gleich. Drogenkarten nicht gültig.

Sonnabend: Jeder Platz 50 Pfg.

Gretchen.

Auflehnung gegen die Partei-Disziplin.

Wir lesen im „Vorwärts“:
Die „Leipz. Volkszeitung“ bittet in ihrer Nummer vom 8. August um Antwort auf eine wichtige Parteienfrage. Sie teilt mit, daß sie von verschiedenen Seiten, das erstmal schon vor Wochen, erfahren habe, daß die süddeutschen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten auf einer Konferenz in Stuttgart beschlossen hätten, in Zukunft für das Budget der Einzellandtage zu stimmen. Unser Leipziger Bruderorgan ersucht um schleunige Beantwortung der Frage, was an dieser ihr gewordenen Mitteilung Wahres sei.

Wir wollen an unserem Teil, soweit uns das möglich ist, die Frage der „Leipziger Volkszeitung“ beantworten. Auch uns sind, allerdings erst kürzlich, über eine solche Konferenz der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten der süddeutschen Staaten Nachrichten zugegangen. Danach fand diese Konferenz zu Pfingsten in Stuttgart statt. Auch soll tatsächlich über die Frage der Budgetbewilligung verhandelt worden, jedoch ein Beschluß, künftig für das Budget zu stimmen, nicht gefaßt worden sein. Doch soll der Vorsitzende in seinem Schlusswort das Ergebnis dieser Verhandlungen dahin zusammengefaßt haben, daß von den sozialdemokratischen Fraktionen Süddeutschlands eine Beifügung des Beschlusses des Lübecker Parteitages anzustreben sei, der, mit Ausnahme „ausnahmeweise zwingender“, „in besonderen Verhältnissen liegender Umstände“, die Ablehnung des Budgets zur Pflicht mache.

Zu dieser Konferenz in Stuttgart waren Vertreter der Parteiorganisationen nicht hinzugezogen, auch sind die Verhandlungen durch die Presse der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt worden! Wir halten diese Heimlichkeit für absolut unangebracht. So lange sich Besprechungen von Parteifunktionären nur auf sozusagen technische, die Partei selbst nicht interessierende Fragen beschränken, ist gegen ihre gewissermaßen private Veranstaltung nichts einzuwenden. Sobald jedoch, wie bei der Stuttgarter Konferenz, wichtige Parteifragen erörtert werden, hat die Partei das Recht, ja die Pflicht, die Verhandlungen zu kontrollieren! Nur weitestgehende Öffentlichkeit in der Erörterung und der Beschlussfassung von Fragen von allgemeinem Parteinteresse schließt Kliquenwirtschaft und den davon nicht zu trennenden Parteihader aus!

Leider ist damit die Angelegenheit noch nicht zu Ende. Der Parteivorstand erfuhr vor einigen Tagen, daß die badische Landtagsfraktion — wohl unter dem Einfluß der Verhandlungen der Stuttgarter Konferenz — beschlossen, und zwar mit keineswegs großer Stimmenmehrheit beschlossen habe, bei der bevorstehenden Abstimmung über den Etat für das Gesamtbudget zu stimmen. Unter dem 4. August richtete deshalb der Parteivorstand an den Landesvorstand der badischen Sozialdemokratie die Bitte, ihm möglichst bald eine bestimmte Nachricht darüber zukommen zu lassen, was an diesen Dingen Wahres sei. Unglaublicherweise erhielt darauf der Parteivorstand von dem Landesvorstand eine lakonische Mitteilung vom 7. August, daß der Landesvorstand am 6. August mit der Landtagsfraktion eine gemeinsame Sitzung abgehalten habe, über deren Ergebnis — „vorläufig Schweigegebot erlassen“ worden sei. Der Landesvorstand sei deshalb nicht in der Lage, der Aufforderung des Parteivorstandes zu entsprechen!

Der Parteivorstand telegraphierte darauf sofort nach Mannheim zurück, daß es für ihn keine Schweigegebote gäbe. Er bitte solche Rindereien gefälligst zu unterlassen und nunmehr umgehend Bericht zu erstatten. Darauf ist der Parteivorstand bis jetzt, Montag abend, ohne weitere Antwort geblieben!

Wir ziehen aus diesem in der Geschichte der Partei wahrscheinlich einzigartigen Vorgang vorläufig nur zwei Schlüsse. Erstens: daß die Meldung über die Absicht der badischen Landtagsfraktion offenbar den Tatsachen entspricht! Zweitens: daß sich in gewissen Kreisen unserer süddeutschen Genossen eine Lust an Geheimniskrämeret herausgebildet hat, die nicht einmal dem Parteivorstand die Karten aufdecken will, geschweige denn der Masse der Genossen, die doch aber in einer demokratischen Partei gerade die oberste, d. h. möglichst gut zu informierende Instanz bilden!

Auf die Frage der Budgetbewilligung selbst wollen wir heute nicht des näheren eingehen. Nur das sei betont, daß bis auf weiteres der Beschluß des Lübecker Parteitages besteht! Und das weitere, daß eine Budgetbewilligung gerade heute, angesichts der Reichsfinanzreform und des Wahlrechtskampfes, wo auch die Vertreter der süddeutschen Staaten im Bundesrat die preussische Reaktion skrupellos unterstützen, hellste Entrüstung auslösen müßte!

Mit allem Nachdruck aber möchten wir hier Protest erheben gegen ein System der Geheimniskrämeret und Sonderblindelei, das jede Demokratie und Einheit der Partei zunichte macht. Und wir sind überzeugt, daß die Mehrheit unserer süddeutschen Genossen selbst ein solches System am schärfsten verurteilen wird!

Die 15. Jahresversammlung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich

tagte am Montag und Dienstag, den 10. und 11. d. Mts., in Braunschweig. Der Kongreß war von ca. 400 Delegierten besucht. Vertreten waren auch das Staatsministerium und die Landesversicherungsanstalt durch Oberregierungsrat Hassel, der Stadtmagistrat durch Stadtrat von Frankenberg, die Handelskammer durch Herrn Baumgarten. Außerdem war aus Österreich Herr Stein als Vertreter der österreichischen Reichs-Krankenkassenkommission als Gast anwesend.

Nach einer Begrüßungsrede durch Herrn Meyer-Braunschweig betonte Oberregierungsrat Hassel das Wohlwollen des Staatsministeriums den Krankenkassen gegenüber.

Zum 1. Punkte der Tagesordnung: Bericht der geschäftsführenden Kasse über das letzte Geschäftsjahr, referierte Fräbberf-Dresden, der die Entwicklung des Zentralverbandes rühmend hervorhob. Die weitaus größte Mehrzahl der Ortskrankenkassen sei dem Verbande angeschlossen, das sei zum größten Teile den Unterverbänden zu danken. Im verflochtenen Geschäftsjahre seien auch zwei Oberverwaltungsgerichtsentscheidungen zu begrüßen gewesen, darüber, daß die Kosten der Beschäftigung des Verbandstages auf Kosten der Kassen geschehen könne. In einer Konferenz, die im Ministerium des Innern allerdings vertraulich stattfand, wurde festgestellt, daß die Frage nicht auf dem Wege der Gesetzgebung erledigt werden solle. Die einzelnen Kassen werden also auch für die Folge mit den Ärzten übereinkommen suchen müssen. Die Selbstverwaltung der Krankenkassen werden von verschiedenen Seiten bedroht. Die Kassen wollen aber die Selbstverwaltung unter allen Umständen unter der Ordnung aufrecht erhalten, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam unter Aufsicht der Verwaltungsbehörden die Geschäfte führen. Dabei gebühre, weil die Krankenkassen für die Arbeiter ge-

schaffen worden seien, diesen der Vorrang. Sollte man aber im kommenden Winter vom Reiche aus die Selbstverwaltung zu beseitigen versuchen, dann gelte es das Volk aufzurufen, um die schädlichen Einflüsse abzuwehren.

Wenigstens in Magdeburg bemängelt die Unordnung des Stoffes in dem gedruckten Jahresberichte, wünscht auch, daß in dem Bericht eine summarische Übersicht der Rechtsprechung gegeben werden möge. Trotz der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts in Breun und Sachen über die Delegationskosten sind Bezirksausschüsse in Minden und Schlesien mit entgegenstehenden Maßnahmen gegen die Krankenkassen vorgegangen. Dagegen müsse Protest eingelegt werden. Das schlimmste sei in Bernburg passiert, wo ein Unterverbandstag im Mai d. J. stattgefunden habe. Der Magistrat von Weitzenfels habe auch hier wieder trotz der höchstgerichtlichen Entscheidung die Delegationskosten für unzulässig erklärt. Sogar die Kosten der Kassenrevision habe diese Behörde montiert. Das müsse den Protest der Krankenkassen hervorrufen.

Gräfe-Frankfurt a. M. macht gleichfalls Vorschläge zur besseren Ausgestaltung des Jahresberichts.

Fräbberf bittet, dem Vorstande auch die Urteile der Gerichte zuzustellen. Die geringsten Mängel würden behoben werden.

Prof. Dr. Franke-Berlin referierte sodann über „Gewerbekrankheit und Unfall“: Die nationale Produktion werde nicht dadurch geschädigt, daß der Arbeiterschutz weiter ausgedehnt werde. Produktionszweige, die angeblich einen geeigneten Schutz der Arbeiter nicht vertragen könnten, hätten seiner Meinung nach keine Existenzberechtigung. Er führte einige Zitate und Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes an, durch welche Gewerbekrankheiten von Betriebsunfällen unterschieden werden. Allein die Grenze zwischen Gewerbekrankheit und Betriebsunfall könne nicht so schematisch gezogen werden. Die chronischen Vergiftungen in Betrieben stellen z. B. Gewerbekrankheiten, akute Vergiftungen Unfälle dar, so habe das Reichsversicherungsamt entschieden. Selbst Erblindung und Tod an langandauernder Blei- und Zinkvergiftung sei nur als Gewerbekrankheit, solche Vergiftung nach zehntägiger Arbeit in dem Betriebe als Unfall betrachtet worden. Chronische Vergiftungen seien nach Annahme von Autoritäten auf dem Gebiete der Giftkenntnis die Summe einer Reihe von Einzelvergiftungen, die zeitlich, aber nicht stündlich und täglich aufeinander zu folgen brauchten. Durch eine große Anzahl von höchsten Entscheidungen demonstrierte der Referent den Unterschied zwischen Gewerbekrankheit und Unfall. Die Schwierigkeit, den Unfall zu erkennen, liege in der Sache selbst, da der Begriff Unfall sehr dehnbar sei. Es sei aber zu erstreben, eine wesentliche Einschränkung der Grenzlinie zwischen Unfall und Gewerbekrankheit. Wichtig sei der Grundsatz, daß der Unternehmer für die Sicherheit in seinem Betriebe zu sorgen habe, und zwar habe der Unternehmer auch allein die Kosten der Unfallversicherung zu tragen, ohne Zuzahlung der Arbeiter und des Reiches zu den Kosten. Die Unternehmer dürften aber auch nicht allein die Rentenfestlegung bestimmen, da bei ihnen begreiflicherweise die Neigung vorhanden sei, die Arbeiter mit ihrer Rentenforderung abzuweisen. Sie seien Beklagte und Richter zugleich, wodurch viel Streit und Entrüstung hervorgerufen werde. Auf der einen Seite melden die Arbeiter vielfach jede Verletzung als Unfall an, und auf der anderen Seite berichten die Arbeitersekretariate und Gerichtsschreiber über den vielen Streit, der über die Unfälle entsteht. Er könne nicht glauben, daß die Arbeiter Rentenjäger seien. Die Arbeiter sind weit mehr für die Erhaltung ihrer Gesundheit besorgt, als für die Erlangung von Renten. Wie wenig solche Renten begehrenswert seien, gebe daraus hervor, daß die Rente für Unfallverletzte im Jahre 1907 im Durchschnitt nur 137 Mk. betragen habe. Es werde allerdings viel geklagt über die Abkumpfung der Arbeiter bei der Gewöhnung an die Gefahren, wodurch mancher Unfall hervorgerufen werden möge. Hier sollten die Gewerkschaften und Krankenkassen aufklärend wirken. Man könne allerdings nur wünschen, daß Arbeitgeber, welche der Durchführung der Arbeiterschutzgesetze gegenüber lässig seien, weit

Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstaetter.

(22. Fortsetzung.)

So war es beiden jungen Leuten zumute, als sie allein hier einander gegenüber standen. Sie fühlten, daß dieser Augenblick entscheidend für sie sein müsse. Sarahs Scharfsinn war es nicht entgangen, welche Gefühle sie schon in Sidney, wenn auch selbst vollkommen unfreiwillig, in der Brust des Offiziers geweckt und Walter, der das junge hübsche Mädchen mit aller Blut einer ersten heißen Leidenschaft liebte, hatte die Hoffnung, sie einst die Seine zu nennen, trotz ihrem zurückhaltenden Wesen nicht aufgegeben. Hielt er es doch für mädchenhafte Schlichtheit, daß sie ihm auswich, wo sie irgend konnte, und jeder Erklärung von seiner Seite, die ihm schon mehrere Male auf der Zunge geschwebt, mit ängstlicher Scheu fast vorbeugte.

Jetzt war der entscheidende Moment erschienen; der nächste Tag trennte sie vielleicht wieder auf lange Monate, wenn nicht auf Jahre, denn seine Pflicht rief ihn bald dahin bald dorthin, ohne Rücksicht darauf, wohin das Herz ihn zog. Wenigstens die Gewißheit wollte er deshalb mit sich in die Ferne nehmen, ob die Zukunft seine Hoffnungen und Träume erfüllen würde, oder — ob er es in Verzweiflung aufgeben müsse, das Herz der harten Schönen zu gewinnen.

Von beiden sammelte sich Sarah aber doch zuerst. Ihr Gast durfte nicht ahnen, was in ihrem Herzen vorgehe, und mit Gewalt ihre Aufregung bezwingend, vielleicht auch in der Angst, dem Gegner nicht Zeit zu geben, sein Wort an sie zu richten, griff sie ihr Bonnet auf und sagte freundlich: „Ist es Ihnen recht, so führ' ich Sie hinaus, ich habe noch mit meiner Mutter etwas zu besprechen.“

Sie wollte an ihm vorbei der Türe zuschreiten. Schon streckte sie ihre Hand nach der Klinke aus, draußen, das wußte sie, war sie sicher.

„Mit Sarah!“ rief da Walker, dem der drängende Augenblick auch den Mut gab, ihm zu begegnen, ja, der ihn sogar zwang, die kostbare Zeit nicht zu veräumen, wollen Sie mir verkraften, daß ich nur wenige Worte an Sie richten darf?“

Er versuchte dabei ihre Hand zu ergreifen, die sie ihm aber ängstlich entzog, und deutete dann mit bittender Geberde auf einen Stuhl, damit sie ihm nicht durch ihre Flucht die Möglichkeit zum Reden benähme.

Sarah zögerte einen Augenblick, aber sie fühlte auch, daß sie jetzt unmöglich anders könne, als ihn anzuhören. Die Knie verlagerten ihr dabei den Dienst, und sie sank auf den nächsten Stuhl, indem sie mit fast flüsternder Stimme sagte: „Was wünschen Sie?“

Diese augenscheinliche Angst von ihrer Seite gab ihm Mut, und mit fester, ruhiger Stimme fuhr er fort:

„Mit Sarah, es kann Ihnen kaum noch ein Geheimnis sein, wie tief sich seit dem ersten Augenblick, wo ich Sie gesehen, Ihr Bild in meine Brust gegraben. Bitte, unterbrechen Sie mich nicht, vergönnen Sie wenigstens den Gefühlen, die mir seit Jahren das Herz beengen und es bald mit frohen Hoffnungen, bald mit qualender Angst erfüllt haben, Raum, um Worte zu finden. Ich liebe Sie — liebe Sie mit aller der treuen aufrichtigen Gut, deren ein Mann fähig ist, zu lieben, und von Ihrem Ausdrücke — ob er freundlich — ob er abweisend für mich ausfällt, hängt vielleicht das ganze Glück meiner Zukunft, meines Lebens ab. Was mich selber betrifft, so bin ich allerdings noch gezwungen, einige wenige Jahre das wilde, bewegte Leben, das ich einmal zu meinem Verufe gewählt, fortzuführen. Begünstigt mich aber das Glück nur ein ganz klein wenig — und an Eifer und Ausdauer von meiner Seite soll es wahrlich nicht fehlen, so steht mir in nächster Zeit ein vortheilhaftes Advancement bevor, das mich nicht allein pekuniär unabhängig stellt, sondern mir auch erlaubt, mit wenigen Unterbrechungen, meinen bleibenden Wohnsitz in einer Stadt — in Sidney — zu nehmen. — Werden Sie denn mein Weib — vertrauen Sie mir das Glück, den Frieden Ihrer Zukunft, und seien Sie versichert, daß Sie es in keines andern Hände legen könnten, der es treuer, der es redlicher mit Ihnen meint. Ich bin nicht von großer Herkunft,“ fuhr er mit treuherziger, offener Stimme fort, „was ich bin, was ich habe, verdanke ich mir selber und meinem Fleiß. Werfen Sie in die Waagschale noch meine heiße innige Liebe für Sie, und lassen Sie mich wenigstens hoffen, daß ich, wenn ich zu Ihnen zurückkehre, einen freundlichen Willkommen erwarten darf. Ich habe Sie überrascht,“ setzte er, ehe sie etwas erwidern konnte, hinzu, „mein kühner Antrag kam Ihnen zu unerwartet.“

Sie verlangen Zeit, Sie wollen sich bedenken. Zürnen Sie mir auch nicht der Hast wegen, mit der ich meinen Antrag jetzt betriebe. Bedenken Sie, daß mich selber die mir so lang zugemessene Zeit dazu drängt, und gestatten Sie mir, morgen früh das Ja oder Nein von Ihren Lippen zu hören.“

Er war aufgesprungen, hatte seine Mütze ergriffen und wollte rasch das Zimmer verlassen. Jetzt aber hielt Sarah ihn zurück. Neben konnte sie freilich nicht gleich, kein Wort brachte sie über die Zunge, nur der ausgestreckte Arm, der bittende ängstliche Blick befahl ihm zu bleiben, und schweigend ja zitternd vor Erwartung und Aufregung gehorchte er.

Endlich rangen sich ihr mühsam die Worte los, und nur während sie sprach, gemann sie ihre ganze Fassung und Ruhe wieder, während Totenblässe ihre Wangen dabei färbte.

„Herr Walker“, stammelte sie, „Sie haben — Sie haben mich in der Tat mit — mit Ihrem Antrage — überrascht, aber — gehen Sie nicht fort — jetzt nicht fort; es muß vor allen Dingen Wahrheit zwischen uns herrschen. Ihr Antrag ehrt mich — Sie sind auch, so viel ich von Ihnen gehört habe, als ein braver, tüchtiger Mann bekannt, und — meine Ansprüche an das Leben bescheiden genug, aber —“

„Mit Sarah!“

„Ja kann nie die Ihre werden.“

Walker erwiderte kein Wort. Viele Minuten lang stand er ihr ernst und schweigend, mit bleichen, zitternden Lippen gegenüber. Endlich flüsterte er mehr, als er sprach:

„Darf ich wissen warum?“

„Es ist meine Pflicht, es Ihnen zu sagen“, erwiderte Sarah. „In voller Aufrichtigkeit haben Sie mir Ihr ganzes Herz geöffnet — ich will Ihnen darin nicht nachsehen. Ich — liebe schon.“

„Sie lieben?“ rief Walker in furchtbarer Aufregung, „und der — doch nein,“ unterbrach er sich selber rasch und fast erschreckt, „ich habe kein Recht, weiter in Sie zu bringen, und muß Ihnen noch dankbar sein, daß Sie so offen gegen mich waren. Mögen Sie glücklich, mag der Mann Ihrer Wahl auch Ihrer wert sein, Mit Sarah, Gott ist mein Zeuge, wenn ich auch mein eigenes Glück im Auge hatte, als ich um Ihre Hand anhielt, so möchte ich das nicht mit einer einzigen traurigen Stunde Ihres Lebens erkaufen.“

Krenger bestraft werden sollten, als es jetzt geschieht. So müsse aber auch in besonders schweren Fällen mit den Arbeitern verfahren werden, welche die Unfallversicherungsvorschriften umgehen. Wenn gewissenhaft nach den Bestimmungen der §§ 120 und 121 der R.-G.-D. gehandelt würde, werde man weit weniger Gewerbestrafungen und Unfälle haben. In bezug auf die Gewerbeaufsicht müsse der § 139 b der R.-G.-D. dahin abgeändert werden, daß auch technisch gebildete Ärzte und Arbeiter als Aufsichtsbekämte angestellt werden könnten. In Süddeutschland sei man in dieser Beziehung schon vorangegangen, und zwar mit gutem Erfolge. Insbesondere sei auch die Verkürzung der Arbeitszeit ein wirksames Mittel zur Vermeidung der Unfälle. Darüber seien sich alle Ärzte und Sachverständigen einig. Manches Produktionsmittel, wie Bleiweiß usw., müsse als besonders gesundheitsgefährlich aus den Produktionsbetrieben ausgeschlossen werden. Leider seien hierin nur erst die Eisenbahnen in Baden vorangegangen. Bei Bauten und besonders gefährlichen Betrieben, z. B. an Kreislagen, Fräsmaschinen usw. müßte die Akkordarbeit als unfallfördernd verboten werden. Durch ein reiches Zahlenmaterial aus den Berufsgenossenschaften bewies der Referent die Notwendigkeit der Eindämmung der Unfallgefahr. Die jetzt geltenden Bestimmungen und Methoden müßten abgeändert werden. So sei jetzt Gesetz, daß an der polizeilichen Untersuchung von Unfällen der Gewerbeinspektor, die Vertreter der Berufsgenossenschaft in beliebiger Zahl, je ein Vertreter der Krankenkasse und des Arbeitgebers teilnehmen können, der Arzt aber sei ausgeschlossen. In Frankreich sei die Zuziehung des Arztes bei dieser Untersuchung obligatorisch. Dadurch werde vielfach der Streit, ob ein Unfall vorliege, von vornherein beschränkt. Immer aber seien es Mitglieder der Berufsgenossenschaft, die in erster Linie allein über die Bewilligung von Renten entscheiden. Das sei unhaltbar. Die Arbeiter müßten gesetzlich berechtigt werden, dabei mitzuwirken. Dabei dürften jedoch nicht die Ausschüsse der Berufsgenossenschaften, sondern die Ortskrankenkassen herangezogen werden, denen die Zukunft gehöre. In bezug auf die Einrichtung der Berufsgenossenschaften, sich Vertrauensärzte zu halten, sei ein Vorschlag des Dr. Fischer-Karlruhe sehr beachtlich, der den Gewerkschaften anrate, sich gleichfalls Vertrauensärzte als Gegengewicht gegen die Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften zu werden. Man solle nicht mit dem Einwande kommen, daß die Arbeiter bei der Rentenfestsetzung nicht gerecht zu urteilen verständen. Die Erfahrung bei den Gewerbegerichten usw. lehre das Gegenteil. Der Vortrag wurde mit jürrnischem Beifall aufgenommen.

Bauer = Berlin ist mit den Ausführungen des Referenten im allgemeinen einverstanden, nicht aber mit dessen Schlußfolgerungen. Die lange Arbeitszeit wirke, wie der Herr Referent mit Recht ausgeführt habe, unfallvermehrend; eine Forderung nach dieser Richtung hin sei in den Vorträgen des Referenten aber nicht enthalten. Man müsse die Forderung mit erheben, daß Gewerbestrafungen den Unfällen in bezug auf die Gewährung der Rente gleich zu achten seien.

Gräfe = Frankfurt a. M. kritisiert die Rechtlosigkeit der Krankenkassen, die als Nebenbrüder der Versicherungsgegebung betrachtet werden.

Professor Dr. Francke hält an seiner Meinung fest. Die Versammlung beschloß mit großer Majorität folgende Leitsätze.

1. Gewerbestrafung und Betriebsunfall sind Folgen der Betriebsstätigkeit und daher auch in der Versicherungsgegebung einheitlich zu behandeln.
 2. Es muß das Betreiben von Wissenschaft und Praxis sein, die gesundheitliche Schädigung der Arbeiter durch die Betriebsstätigkeit einzuschränken.
 3. Gewerbestrafung und Betriebsunfall müssen durch gründliche Durchführung und umsichtigen Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung prophylaktisch bekämpft werden. In ersterer Hinsicht ist namentlich die Heranziehung von Ärzten und Vertrauensmännern der Arbeiterschaft zur Gewerbeaufsicht notwendig, in der zweiten Richtung liegt die Verkürzung der Arbeitszeit, das Verbot der Verwendung entbehrlicher Stoffe und gefährlicher Arbeitsprozesse.
 4. Bei der Untersuchung des Betriebsunfalles und der Festsetzung der Entschädigung ist die obligatorische Zuziehung von Arbeitervertretern und Ärzten zu fordern. Die erste Instanz für die Entscheidung soll ebenso wie das Schiedsgericht der Arbeiterversicherung paritätisch besetzt sein und als lokale Rentenstelle fungieren. Hierzu haben Berufsgenossenschaft und Krankenkasse Beisitzer zu entsenden. Die Unfallversicherung wird erst dann ihre Wirkung voll entfalten, wenn sie die Arbeiterschaft zur Mitwirkung heranzieht.
- Aber die Verhältniswahl bei den Kranken-

Kassen referierte Pollender = Leipzig, der folgende Leitsätze in Vorschlag brachte:

Das System der Verhältniswahl ist das gerechteste und deshalb seine allgemeine Einführung durch zwingende gesetzliche Bestimmungen anzustreben, da die Verhältniswahl unter der heutigen Fassung des Krankenversicherungsgesetzes als unzulässig angesehen wird, weil bei ihr nicht diejenige Freiheit und Geheimheit der Wahl besteht, die § 87 Abs. 3 des Gesetzes gewährleistet. Das Preussische Oberverwaltungsgericht erblickt in der für die Verhältniswahl notwendigen Aufstellung der Kandidatenlisten und deren Einreichung an die die Wahl leitende Stelle eine unzulässige Beschränkung der Wahlfreiheit, weil wenigstens eine Anzahl von Wahlberechtigten von vornherein gezwungen ist, durch Aufstellung, Unterzeichnung und Einreichung einer Vorschlagsliste öffentlich zu bekunden, wen sie wählen wollen und damit wenigstens für sich auf die Geheimheit der Wahl verzichten. Danach hat die Einführung der Verhältniswahl bei den Krankenkassen eine Änderung des Krankenversicherungsgesetzes zur Voraussetzung.

Den Leitsätzen wurde zugestimmt. über Mitgliedsbuch und Quittungsbuch referierte Hesse = Dresden, der eine einheitliche Mitgliedskarte empfahl. Dem widersprach Müller = Bremerhaven, der lieber gesehen hätte, wenn man über die Abschaffung der Mitgliedsbücher beraten hätte.

Gegen die Einführung der Einheitsmitgliedskarte erklärten sich auch Jserlohn = Krefeld und Wendlandt = Magdeburg.

Die Einführung der Einheitskarte wurde mit 165 gegen 154 Stimmen abgelehnt.

Fräßdorf = Dresden erstattet dem fünften Punkte der Tagesordnung den Bericht des Tarifamtes. Der Tarifgemeinschaft haben sich schätzungsweise zirka 1000 Ortskrankenkassen mit ungefähr 4800 bis 5000 beschäftigten Angestellten angeschlossen, 84 Proz. der Ortskrankenkassen sind jedoch nur als tariffrei zu bezeichnen. Die Vorkände der Ortskrankenkassen fordern deshalb auf, soweit als möglich die Besoldung der Beamten nach dem Tarife vorzunehmen. Bis zum 20. d. J. haben 138 Ortskrankenkassen Berichte eingeleistet, 84 davon haben den Tarif in vollem Umfange eingeführt; 23 weder die Anstellungsbedingungen, noch die Gehaltsbedingungen voll; 8 Kassen die Gehaltsbedingungen, 12 die Anstellungsbedingungen nicht voll erfüllt. Diese 48 Ortskrankenkassen können somit nicht als tariffrei gelten. Das Zentralamt hat beschlossen, den § 1, Absatz 2 des tariflichen Anstellungsvertrages für die Beamten in folgender Weise abzufassen:

Der Vertrag kann beiderseits nach dreimonatiger, nur zu den Quartalsstagen zulässiger Kündigung aufgehoben werden, jedoch mit der Maßgabe, daß die Kasse dies Kündigungsrecht nur dann ausüben darf: 1. Wenn Herr... eine die guten Sitten gröblich verletzende unehrenhafte Handlung begangen hat, die mit Rücksicht auf die ihm übertragenen Dienstpflichten deren fernere Ausübung durch ihn mit den Interessen der Kasse unvereinbar macht; 2. wenn Herr... bei Ausübung seiner ihm durch die erfolgte Anstellung obliegenden Dienstpflichten sich grober, nicht unter Nr. 1 fallenden Pflichtverletzungen wiederholt, d. h. nach mindestens zweimaliger innerhalb dreier Jahre unter Entlassungsandrohung erfolgten schriftlichen Verwarnung hat zu schulden kommen lassen; 3. wie Nr. 4 des jetzigen Vertrages. Das Religionsbekenntnis des Angestellten und seine politische Gesinnung, sowie die Ausübung und Betätigung derselben, desgleichen die Begehung eines politischen oder religiösen Delikts, die Verurteilung oder die Verhängung einer Untersuchung- oder Strafbestrafung wegen eines solchen dürfen nicht als Entlassungsgrund nach Ziffer 1-3 angesehen werden.

Die neue Fassung des Vertrages wurde nach längerer Debatte angenommen.

Eine Resolution Schmidt = Hamburg, daß auch solche Kassen als tariffrei gelten sollten, welche den Haftungsparagrafen ablehnen, wurde abgelehnt.

Als Punkt 6 der Tagesordnung steht folgender Antrag des Verbandes der Ortskrankenkassen zu Wilhelmshaven zur Verhandlung: „Kassen, welche die Familienversicherung eingeführt haben, sollen gegenüber denjenigen Mitgliedern, welche sich in wechselnder Beschäftigung befinden, von der etwa bestehenden Karenzzeit keinen Gebrauch machen, wenn der zur Kasse übertretende in einer anderen Kasse mit seiner Familie versichert war.“

Stütke = Wilhelmshaven begründet den Antrag mit der wechselnden Beschäftigung der Arbeiter und der damit verbundenen Schädigung der Familien.

Müller = Bremerhaven spricht gegen den Antrag, dem er sympathisch gegenüberstehe, der aber schon bei den Behörden auf Widerstand stoßen würde.

Sode = Mainz bemerkt, daß man in seinem Orte die Karenzzeit schon abgeschafft habe. So solle man überall handeln. Er sei aber gegen den Antrag.

Starke = Dresden: Die Dresdener Kasse habe statutarisch festgelegt, daß der für 6 Wochen gezahlte Beitrag zur Unterstützung berechtige. Das sei von den Mitgliedern dankbar anerkannt worden. Er ist für den Antrag Wilhelmshaven, der nur bezwecke, daß man in bestimmten Bezirken sich über die Unterstützung der Familien einigte.

Magnan = Berlin hält die Durchführung des Antrages auf Grund des § 21 des Krankenversicherungsgesetzes für durchführbar und spricht für denselben. Ebenso Fischer = Düsseldorf.

Koblenzer = Berlin ist gegen den Antrag, weil man nicht zweierlei Sorten Mitglieder schaffen dürfe. Dann solle man beschließen, daß für alle Klassen die Karenzzeit aufgehoben werden müsse.

Der Antrag wurde hierauf abgelehnt. Da am Abend im Tagungstokale ein Kommerz stattfanden soll, so wurde die Sitzung um 5 Uhr nachmittags auf Dienstag morgen vertagt.

Soziales und Parteileben.

Der Mieterstreik in Stettin gibt der „Post“ erwünschte Gelegenheit, gegen die Arbeiter und insbesondere auch gegen die Sozialdemokratie zu hetzen. Die Bemühungen der Organisation, den Streik zu schieben, werden als Komödie hingestellt, der zweite Vorsitzende des industriellen Verbandes — Kommerzienrat Wentz — sieht den Beweis für eine solche Behauptung darin, daß die Organisationen nicht zu Streikbrecherlieferanten wurden:

Wenn die Arbeiter es ehrlich mit ihrem Protest gegen die Mieter meinten, hätten sie mit Leichtigkeit aus ihren Reihen selbst Ersatzmänner für die Mieter stellen können, da sehr zahlreiche Personen unter ihnen die Mieterarbeit verstanden oder doch leicht erlernten.

Da aber die Arbeiter auf eine solche unverschämte Zustimmung nicht eingegangen sind, sind die Bemühungen, den Streik zu verhindern,

Komödie, um die breiten Massen über die geheime Gearbeit verschiedener sozialdemokratischer Parteigänger hier zu täuschen. Doch wie dem auch sei, der Anteil der Sozialdemokratie an dem Stettiner Werksstreik ist mit Händen zu greifen. Somit fällt auch auf sie die Verantwortlichkeit für das Gend, welches ihre trivolen Querschnittsbereiten im Gefolge haben.

Wir würden diesen Blödsinn, mit dem sich die Schreiber der Postkapitalisten ihr Brot verdienen müssen, nicht erwähnt haben, wenn aus den über den Mieterstreik verzapften Phantasien nicht recht deutlich der weitere Zweck ersichtlich wäre. Der Artikel schließt wie folgt:

In welchem Lichte erscheinen dann aber auch die vielgepriesenen Arbeiterausschüsse, von deren Tätigkeit die Sozialtheoretiker mahre Wunder für den sozialen Frieden erwarteten! Was nützen auch die stets so dringend empfohlenen Tarifverträge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern in praxi? ... Also die moderne Volkseglückseligkeit ist wieder einmal etwas brüchig geworden. Die Koalitionsfreiheit ist in Stettin mutwillig mißbraucht worden zu einem Angriffstreik, zu einer bloßen Machtprobe. Sollten all diese Wahrnehmungen nicht endlich abkühlend auf den sozialpolitischen Eifer wirken?

Also: Rasch fort mit den Arbeiterausschüssen, fort mit den Tarifverträgen, fort mit der Koalitionsfreiheit! Und dann dreimal Heil dem Mieterstreik, der dem Scharfmacher zum Segen ward! — Die „Post“-Redakteure müssen demnächst Zulage bekommen.

Zur Aussperrung in Stettin. Der Stand der Dinge ist augenblicklich folgender: Auf Grund von Verhandlungen, die in Stettin zwischen den Vertretern des Metallarbeiterverbandes und der „Vulkan“-Werke stattgefunden haben, ist seitens der letzteren einer Vereinbarung dahin zugestimmt, daß die Werke zunächst ein Drittel der Arbeiter wieder einstellt unter der Voraussetzung, daß die Mieter gemäß den bereits früher getroffenen Abmachungen bis spätestens Montagabend sämtlich in den Betrieb zurückkehren. Am Dienstag wird festgestellt werden, ob dies geschehen ist. Ist dies geschehen, so wird die Aussperrung aufgehoben, wenn nicht, so tritt sie im alten Umfange wieder ein. Die übrigen Stettiner Werke werden die Aussperrung aufrecht erhalten, bis die Differenzen auf dem „Vulkan“ beseitigt sind. Die Gruppe Seeschiffswerften, welche gestern in Hamburg eine Sitzung abhielt, hat diesen Abmachungen zugestimmt und die vorgesehene Aussperrung bis zum Mittwochabend verschoben.

„Herr Walker,“ sagte Sarah gerührt. „Es ist vorbei,“ erwiderte der junge Mann, „mein Traum ist aus. Ich habe einst gehofft, Ihr liebes Haupt vor Gefahren zu schützen, Ihren Lebenspfad eben zu dürfen. Es soll nicht sein, und ich glaube den Glücklichen zu kennen, dem solch frohes und schönes Los beschieden ist. Mögen Sie Ihre Wahl nie bereuen, das ist mein heißester Wunsch — aber — wehe auch dem Mann, wenn er Sie täuschen sollte,“ setzte er plötzlich mit leiser, doch furchtbar erregter Stimme hinzu, und es war fast, als ob die Aufregung das Wort auf seine Lippen bannte. Er brauchte wenigstens eine Minute, sich zu sammeln, diese genügte aber vollkommen, seiner überwallenden Gefühle wieder Herr zu werden, und mit vollkommen ruhiger, leidenschaftsloser Stimme fuhr er endlich wieder fort:

„Meine Pflicht bannt mich heute noch an diese Räume. Heute abend oder morgen früh erwarte ich einen Teil meiner Leute zurück, die einen Verbrecher aufzuspüren haben. Ich kann nicht vermeiden, Ihnen in dieser Zeit zu nahen, aber kein Wort, kein Blick, kein Wort von mir wird Sie wieder an diese Stunde erinnern. Morgen mit dem frühesten breche ich von hier auf, vergessen Sie wenigstens bis dahin, Miß, daß ich einst solchen kühnen Hoffnungen Raum gegeben.“

Sarah wollte ihm erwidern, aber er streckte wie bittend und abwehrend die Hand nach ihr aus, öffnete die Tür, die er rasch wieder hinter sich zuschloß, und — hätte fast einen Schrei der Überraschung ausgestoßen, denn vor ihm, kaum zwei Schritte von der Tür entfernt, stand Mac Donald. „Sie er aber nur ein Wort sagen, eine Frage an ihn richten konnte, verneigte sich der Fremde leicht gegen ihn, und schritt den schmalen Gang hinab, der zu seinem eigenen Zimmer führte.“

Walker blieb wie auf die Stelle gebannt und starrte ihn nach, als ob er einen Geist gesehen hätte. War Jener eben erst ins Haus getreten, oder hatte gerade er seine Unterredung mit Sarah geführt? — War er Zeuge gewesen, wie — das Blut schoß ihm in Strömen nach dem Herzen zurück, und er machte eine Bewegung, als ob er dem Fremden folgen wolle. Nur für einen Moment gewann aber dieser Gedanke Raum in ihm; im nächsten schon wandte er sich ab, verzog rasch das Haus, besäug sein nicht weit davon auf ihn harrendes und fertig gejammertes Pferd, und sprengte in wilder, fast ängstlicher Hast in den Busch hinaus.

Mac Donald aber ging in sein Zimmer und schloß die Tür hinter sich ab, warf sich auf einen Stuhl und saß dort viele, viele Minuten lang, das Gesicht in den Händen bergend. Kein Seufzer hob seine Brust, kein Wort kam über seine Lippen, kein Zucken, keine Bewegung seines Körpers verriet, daß er Leben, daß er Atem habe. Nur erst, als er die Familie ins Haus zurückkehren hörte, stand er plötzlich auf, ging ein paarmal mit raschen Schritten und verengerten Armen in seinem Zimmer auf und ab, und trat dann, wie von einem plötzlichen Entschluß erfaßt, zu seiner Satteltasche, die er fest wie zur Abreise packte. Ebenso sah er seine Waffeln nach, zog die alten Schüsse aus seinen Pistolen, reinigte und lud sie frisch, und warf sich dann, angekleidet wie er war, auf sein Lager, um den eigenen Gedanken still und ungestört nachzuhängen, bis er hinüber in das Familienzimmer gerufen werden würde.

XI.

Walker und Mac Donald.

Leutnant Walker war indessen mit verhängten Jägeln in den Busch hineingeritten. Wohin? wußte er selber kaum, und nur sammeln wollte er sich; sein kaltes, ruhiges Blut wollte er wieder gewinnen, ehe er heute zum letztenmal in den Kreis einer Familie trat, in der er ja doch sein Herz zurückließ. Der Gedanke an Glyneth drängte sich ihm freilich auf — nie, nie die wieder zu sehen, die er ja doch nicht hoffen durfte sein zu nennen — aber das ging nicht. Der Fremde war Zeuge seiner Abweisung gewesen — er mußte gehört haben, wie sie mitkommen sprachen, denn die dünne Wand konnte ihm die Worte nicht verbergen — und dem galt es noch zu beweisen, wie er das Feld räumte.

Der scharfe Ritt übte bald seine Wirkung an dem überhaupt charakterlosen und jedem andern Schlag des Schicksals kalt begegnenden Mann, und eben hatte er wieder den Kopf seines Pferdes der Station zugekehrt, als dieses die Ohren spitzte und laut und hell aufwachte. Ein anderes Pferd, nicht weit im Busche drin, antwortete, und gleich darauf kam einer seiner ausgehenden Kundschafter auf abgehettem Tier durch den raschenden Mollenbusch, während der schwarze Busch, der seit dem Morgen schon

im Sattel saß, mit einem Freudenschrei seinen Offizier erkannte.

„Nun, Madong, wie stehts? Hah! Ihr ihn gefunden?“ rief Walker, sein Pferd rasch gegen ihn wendend.

„Kuyunko hat!“ rief der Schwarze finster — „ist gerade so gezeichnet jetzt wie weißer Mann im Busche drin.“

„So war der Mörder wirklich jener neue Hüttenwächter?“

Der Schwarze nickte nur einfach mit dem Kopfe. „Ihr seid seiner Spur gefolgt?“

„Schritt auf Schritt. Neue Schuh“ machen tiefe Spuren.“

„Und ihr fandet?“

„Kuyunko tot — weißer Mann fort — aber auch Blut in der Fährte. Kuyunko hat geschossen.“

„Kuyunko tot?“ rief der Offizier erschreckt — „aber Ihr seid der Spur gefolgt?“

„Gewiß — bis zum Fluß — viel Blut dort; durchgeschwommen. Fanden am andern Ufer auch wieder Blut — aber nicht weiter — muß auf dem Grunde liegen. Offizier soll jetzt mitkommen. Schwarze Polizei will den Körper suchen — vielleicht ist er Gold wert.“

„Du hast recht,“ sagte Walker, augenscheinlich zerstreut, denn er hatte die letzten Worte kaum gehört. „Wir müssen wissen, wer der Mörder war; ist doch vielleicht auch noch sonst ein Preis auf seinen Kopf gesetzt. Hat ihn keiner von Euch gesehen?“ frug er dann plötzlich, als ob ihn ein neuer Gedanke durchzuckte.

„Nein — gesehen nicht,“ lautete die Antwort.

„Ihr habt dann auch keine Ahnung, wer es sein könnte?“

„Rote John“, sagte kaltblütig, und ohne eine Miene zu verziehen, der schwarze Polizeisoldat, und Walker griff seinem Pferde so rasch und plötzlich in die Zügel, daß es hoch aufbäumte.

„Der rote John?“ rief er dabei, daß unter ihm tanzende und springende Tier garnicht beachtend, und nur mit eisernem Griff und Schenkelfuß händigend; „aber wer will das behaupten, wenn Ihr ihn nicht gesehen? — Hat Kuyunko vielleicht noch gelebt?“

„Nein — war tot — aber rote Johns Schuh“ standen bei der ersten Leiche. Schwarze Mann braucht nicht mehr.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Tarifverträge der baugewerblichen Hilfsarbeiter. Der Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands hat ein 488 Seiten umfassendes Buch herausgegeben, in dem sämtliche bisher zwischen den Bauhilfsarbeitern und den Unternehmer-Organisationen abgeschlossenen Tarifverträge wörtlich wiedergegeben sind. Demnach bestanden bis zum Jahre 1907 in 216 Städten solche Tarifverträge. Ein Zeichen, daß die Unternehmer mit der Zeit immer mehr lernen, die Organisationen der Arbeiter als gleichberechtigten Faktor anzuerkennen. Im Jahre 1907 wurden bereits weitere 95 Tarifverträge abgeschlossen. Das Buch, das für alle Arbeiter, die im Tarifverhältnis stehen, von Interesse ist, kostet gut kartoniert 6 Mk., gefällig gebunden 7,50 Mk.

Internationale Sklavenhändler! Den Menschenhandel „en gros“ betreibt die Firma Joseph Korach-Breslau. Dieselbe vermittelt ausländische Arbeiter für Land- und Forstwirtschaft, Ziegelei und Fabrike und hat in diesem Frühjahr innerhalb sechs Monaten — wie die Firma selbst angibt — 3000 Arbeiter vermittelt. Ein Offertenbrief derselben, vom 27. Juli 1908 datiert, der die sozialen Zustände in 20. Jahrhundert so recht charakterisiert, lautet: „Mit Gegenwärtigem erlaube ich mir, zur bevorstehenden Kampagne ausländischer Arbeiter (meist galizische) und ruthenische Zuckerrübenarbeiter zu nachstehenden Bedingungen ergehen zu offerieren. Mein ausschließlich mit der Vermittlung von ausländischen Arbeitskräften sich befassendes Institut hat langjährige Praxis und unterhält ausgezeichnete Beziehungen zu den ausländischen privaten und staatlich unterstützten Bezugsquellen, wodurch es mir ermöglicht wird, die Herren Arbeitgeber mit leistungsfähigen und hierbei billigen Arbeitskräften zu versehen. Der Lohnsatz für Männer, d. h. vollwertige Arbeiter, beträgt pro Arbeitstag 2 Mk. Kräftige Burschen oder weibliche Arbeiter erhalten 1,70 Mk. Außer vorstehendem Lohn erhalten die Arbeiter freie Schlafstelle (Strohmatratze mit Schlafdecken), Kochgeräthe und Kochgelegenheit, sowie freie Feuerung. Sofern es tunlich ist, wird den Herren Arbeitgebern empfohlen, den Arbeitern Naturalbezüge zu gewähren. Der Lohnsatz wird hierbei entsprechend herabgesetzt und beträgt: Für Männer pro Arbeitstag 1,20 Mk., für Burschen und weibliche Arbeiter 90 Pfg. Die Naturalien betragen pro Kopf und Woche: 10 Pfund Brot, 3 Pfund Gegräube, 1 Pfund Mehl, 1/2 Pfund Salz, 25 Pfund Kartoffeln, je ein Pfund Fleisch und Schmalz, sodann pro Tag 1/2 Liter Woll- oder 1 Liter Magermilch, Schlafstelle, Kochgelegenheit usw. wie vor. Auf Wunsch werden besondere Lohn- und Deputatsätze vereinbart; auch verpflichtet ich mich als Unternehmer unter besonderen Bedingungen jede Anzahl Arbeiter mit geeigneten Aufsehern zu stellen. Hierbei mache ich es zur Bedingung, daß die Leute durch einen meiner Aufseher beaufsichtigt, ausgelohnt und verpflegt werden. Ich verpflichte mich meinerseits, die gewünschte bezw. bestellte Anzahl Arbeiter vollständig während der ganzen Kampagne zu erhalten eventuell Ersatzarbeiter kostenlos nachzuliefern. Die Lieferungsbedingungen werden besonders mitgeteilt. Erfolgt die Zustellung der Arbeiter für Rechnung des Arbeitgebers, so hat letzterer für die Arbeiter 4. Klasse ab Grenze bis zur Arbeitsstelle, nach beendeter Arbeit die Rückreisefosten bis zur Grenzstation zu tragen. Außerdem trägt der Arbeitgeber die Vermittlungsgebühr in Höhe von 12 Mk. pro Arbeiter. Im Bedarfsfalle bitte ich, mit mir in Verbindung treten zu wollen und können Sie der kulantesten, prompten und reellen Bedienung versichert sein.“

Nun folgen Referenzen: Im Frühjahr 1908 sind durch mein Institut 3000 Arbeiter vermittelt; davon haben größere Posten Arbeiter nachstehende Herren bezw. Verwaltungen entnommen: 1. Die großherzoglich sächsische Generaldirektion Siedowitz, Bez. Breslau, etwa 600 Arbeiter; 2. Der Landwirtschaftliche Verein des Kreises Sternförde, Schleswig-Holstein, 200 Arbeiter; 3. die Gitterverwaltung der Herrschaft Wirwitz, Kreis Breslau, etwa 100 Arbeiter; 4. Herr Rittergutsbesitzer Wihl. Scheller auf Rammendorf, Kreis Neumarkt, etwa 50 Arbeiter; 5. Herr Oekonomierat D. Görning auf Volkstedt bei Giesleben (Sachsen), 200 Arbeiter; 6. Generaldirektor v. Bismarck-Antonshof p. Lissa in Posen, 30 Arbeiter; 7. Herrschaft Wolfenberg-Berrfelde, Kreis Lebus, etwa 50 Arbeiter usw. — Weich ein Sohn liegt in den Ausdrücken „Bezugsquellen“, „Lieferung“ usw. nicht von Schafen oder Schweinen, sondern von Menschen, nämlich Arbeitern! Im Frühjahr 1908 vermittelt 3000 Arbeiter; Vermittlungsgebühr 12 Mk. pro Kopf, macht eine Einnahme von 36 000 Mk. in sechs Monaten. Soviel bringt der internationale Sklavenhandel ein.

Industrie-Untertan und nicht Industrie-Bürger! In der letzten Reichstags-Sitzung prägte Warrer Raumann das neue Schlagwort vom „Industrie-Bürger“, zu dem der Arbeiter, der heute nur Industrie-Untertan sei, werden müsse. Wie sehr Raumann irrt, wenn er dem Wahne lebt, daß Fabrikanten einem Fabrikkonstitutionalismus mit gleichen Rechten der Arbeiter und Unternehmer zustimmen könnten, zeigt eine mit Behagen von der scharfmacherischen Presse abgedruckte Auslassung der Oppolner Handelskammer. Zu ihrem letzten Jahresbericht schreibt dieser Vertretungskörper der Unternehmer:

„In den sozialpolitischen Reformen ist bedauerlicher Weise auch im Jahre 1907 kein Stillstand eingetreten. Eine ganze Reihe neuer sozialpolitischer Gesetze und Verordnungen ist ergangen oder befindet sich in Vorbereitung. Die Führung in dieser sozialpolitischen Reformbewegung liegt fast ausschließlich in den Händen unbeteiligter Theoretiker, die den wirklichen Verhältnissen in der Industrie und ihren Bedürfnissen zu meist gänzlich verständiglos gegenüberstehen und die vor allem noch immer nicht von dem Wahne geheilt sind, die Sozialdemokratie könne durch unausgesetzte sozialpolitische Reformen bekämpft werden. Sie haben noch nicht begriffen, daß einerseits die Begehrlichkeit der Massen durch solches Entgegenkommen nur immer weiter wächst, während andererseits durch die fortgesetzte Beschränkung der Arbeitszeit und durch die unaufhörliche Verdrängung der Industrie mit neuen Massen die Arbeitskraft und Arbeitslust der deutschen Bevölkerung gelähmt und die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Erwerbslebens ausländischer Konkurrenz gegenüber auf das empfindlichste beeinträchtigt wird. Die allgemeine Einführung von Tarifverträgen, für die in diesen Kreisen jetzt so lebhaft gekämpft wird und die nicht hoch genug als „soziales Friedensinstrument“ gepriesen werden können, würde den schmerzlichen Schlag darstellen, dem man dem deutschen Wirtschaftsleben zufügen könnte, von dem Unsinne der sogenannten „konstitutionellen Fabrik“ garnicht zu reden. Es ist aussichtslos, diese Kreise eines Besseren zu belehren, im Gegenteil wird von ihnen jeder, der seine warnende Stimme erhebt, als „sozial rückwärtiger Mensch“ gebrandmarkt. Handel und Industrie freilich und ihre berufenen Vertreter werden sich dadurch in der Verfechtung der wahren Interessen der deutschen Volkswirtschaft nicht irre machen lassen und es wird ihnen hoffentlich in nicht allzu ferner Zeit doch gelingen, die maßgebenden Kreise von der Richtigkeit ihrer Anschauungen zu überzeugen.“

So überfrohren wie hier kommt die Wut des Unternehmertums gegen jeden Arbeiterschutz selten zum Ausdruck, aber um so drastischer illustriert eben auch dieser Erguß die Gefühle, die in diesen Kreisen vorherrschen.

Vom Parteitage der sächsischen Sozialdemokratie. In Plauen i. V. findet gegenwärtig der Parteitag unserer sächsischen Genossen statt. Im Anschluß an die Behandlung des rein geschäftlichen Teiles wurde ein Antrag des Agitations-Komitees diskutiert, welcher eine Neuerteilung der Agitation und der Verbreitungsbezirke der Parteipresse bezweckt. Besonders die Chemnitzer und die Leipziger Delegierten beteiligten sich sehr lebhaft an der Debatte. Schließlich wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Weiterhin entspannt sich über den Antrag auf Durchführung des 10 Pfg. Wochenbeitrages eine heftige Debatte. Die Vertreter der Wahlkreise, die bisher den dahin zielenden Beschluß der Dresdener Landeskonferenz nicht durchgeführt haben, wenden sich sehr erregt — unter Führung der schlechten, wirtschaftlichen Verhältnisse in ihren Kreisen — gegen den erneuten Antrag, der diesmal vom 18. Kreise und von den Agitations-Komitees ausging. Die Vertreter der Komitees der Großstädte und einiger ländlicher Kreise treten warm für den Antrag ein, der schließlich auch mit erheblicher Mehrheit angenommen wird. Von sonstigen Anträgen werden noch angenommen: ein Antrag, welcher eine Neubearbeitung des Gemeindeprogrammes auf Grund der Beschlüsse des Bremer Parteitages zu dieser Frage fordert, ferner ein Antrag: einheitliche Mitgliedsbücher und Mitgliederlisten einzuführen. Abgelehnt wurde dagegen ein Antrag, wonach in jedem Agitationskomitee eine Genossin sich und Stimme haben sollte. Der Landesparteitag beschäftigte sich dann mit der Frage der Doppelkandidaturen. Dresden-A. hat den Antrag gestellt, solche Doppelkandidaturen möglichst zu vermeiden. Die Genossen Geyer, Goldstein, Kiem traten lebhaft dafür ein, während die Genossen Schöpflin und Nozke sich dagegen wandten. Von einigen Genossen wurde beantragt, auch Gemeinderatsmandate als unter den Antrag fallend zu erachten. Bei der Abstimmung wurde folgende Fassung ziemlich einstimmig angenommen: „Die Landesversammlung möge beschließen, daß Doppelkandidaturen zu vermeiden sind. Reichstags- und Landtagsmandate dürfen nicht in einer Hand vereinigt sein.“ Die Resolution, welche gegen die Militärvereine angenommen wurde, haben wir bereits mitgeteilt. — Zur Wahlrechtsfrage liegt folgende Resolution vor: „Die Landesversammlung der Sozialdemokratie Sachsen erneuert den Protest der letzten Landesversammlung gegen alle Versuche und Bestrebungen der herrschenden Klasse, das Unrecht des Dreiklassenwahlrechtes durch ein neues Wahlrecht abzulösen, und der Arbeiterklasse, auf deren Arbeit der Wohlstand der besitzenden Klasse ruht, die staatsbürgerliche Gleichheit vorzuenthalten, und sie politisch rechtlos zu machen. Die Versammlung protestiert insbesondere auf das entschiedenste gegen den auf einem kombinierten System beruhenden Entwurf der Regierung, den Graf Hohenthal in seiner Erklärung vom 17. März selbst als einen Versuch charakterisiert hat, das Unrecht des gegenwärtigen, indirekten Klassenwahlrechtes in eine neue, verschleierte Form zu bringen. Nicht minder protestiert die Landesversammlung gegen den Kompromißvorschlag der Konservativen und Nationalliberalen, das Dreiklassenwahlrecht durch ein Pluralistensystem zu ersetzen, das den Anhängern der bürgerlichen Parteien nach willkürlichen Merkmalen ein gehobenes Wahlrecht einräumt, durch das die Arbeiterklasse politisch erdrückt wird. Die Sozialdemokratie hält gegenüber diesen Bestrebungen auf dauernde Entrechtung der Arbeiterklasse unverrückt fest an ihrer programmatischen Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes für beide Geschlechter vom zwanzigsten Lebensjahre ab und wird nicht ruhen und rasten, bis dieses demokratische Grundrecht verwirklicht ist.“

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion Wadens stimmt für das Budget. Aus Karlsruhe wird gemeldet: Die zweite Kammer nahm das Budget einstimmig an; auch 9 Sozialdemokraten stimmten dafür, zwei Sozialdemokraten blieben der Abstimmung fern. Von dem sozialdemokratischen Redner wurde eine Erklärung zu der Abstimmung abgegeben, in welcher es heißt, daß die Zustimmung nicht ein Vertrauensvotum für die Regierung sein soll. Der Minister freute sich über die Abstimmung, bedauerte aber die Versagung des Vertrauens in der Motivierung der Abstimmung.

Zu der Abstimmung über den badischen Etat teilt man uns aus Mannheim mit: Mit Rücksicht darauf, daß für die Etats-Periode verhältnismäßig erhebliche Beträge zur Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne gefordert werden, stimmte die sozialdemokratische Fraktion für das Statgesetz. Diese Abstimmung soll kein Vertrauensvotum für die Regierung sein; die Politik des Ministeriums wird vielmehr, wie bisher, von der Fraktion energisch bekämpft werden, da die Regierung wiederholt dem Vorschlage staatsbürgerlicher Gleichheit gegenüber der sozialdemokratischen Partei und durch die Haltung im Bundesrat, namentlich auch bei Beratung der Reichsfinanzreform, wichtige Volksinteressen schädigte. Nachdem die sozialdemokratische Fraktion das Zustandekommen der Beamtengesetze erarbeitet hat, hält sie sich für verpflichtet, mitzuwirken bei der Beschaffung der Mittel, die zur Ausführung dieser Gesetze notwendig sind. Aus diesem Grunde hat die Fraktion es unterlassen, ihr Mißtrauen gegen die Regierung durch Ablehnung des Gesamtstats zum Ausdruck zu bringen. Die Abg. Beck und Lehmann haben an der Abstimmung nicht teilgenommen. (Siehe ersten Artikel in der heutigen Beilage.)

Die Nürnberger Genossen haben folgendes Programm für den Parteitag aufgestellt: Die Eröffnung des Parteitages findet Sonntag, den 13. September, abends 7 Uhr, in der großen Festhalle im Lustpoldhain statt. Ein Konzert des verstärkten Philharmonischen Orchesters und Männerchöre werden den künstlerischen Teil der Feier bilden. Mit großer Opferwilligkeit hat der Komponist Genosse Wendelin W. F. Heimer die Einstudierung und Leitung der von ihm komponierten Chöre „Bei und Arbeit“ und „Empor zum Licht“ übernommen. Der große Künstler ist bereits seit 14 Tagen in Nürnberg, um die Chöre einzulüben. Der Eintrittspreis bei der Eröffnungsfest beträgt für Organisierte 50 Pfg., für Nichtorganisierte 2 Mk. Es ist mit einem Besuch von 10 000 Personen gerechnet. Die Karten werden in den nächsten Tagen an den noch näher bezeichneten Stellen ausgegeben werden. Die Sitzungen des Parteitages selbst beginnen am Montag, den 14. September, um 9 Uhr, im Hertels-Deledrom. Der Eintritt für Organisierte beträgt jedesmal 20 Pfg., für Nichtorganisierte 1 Mk. Mittels Extrazuges findet ein Ausflug in die fränkische Schweiz statt. (Das heißt, wenn die Zeit dazu da ist.) Die niedrigen Fahrkosten werden von den Teilnehmern getragen. Die Ausflügler werden von Welten nach Kupprechtstegen wandern; dort gibt es Konzert und

Feuerwerk. Außerdem sind verschiedene Volksversammlungen geplant mit ausländischen Rednern, auch, wenn möglich ein internationales Meeting unter freiem Himmel.

Die Partei in den Vereinigten Staaten ist international gemischt, und nach Ansicht des Deutschamerikaners überwiegt das fremde Element in der Partei des Sozialismus. Er bezeichnet diesen gern als „fremdes Gewächs“ am amerikanischen Boden. Da ist eine Statistik interessant, die der Parteisekretär über die Nationalität der Delegierten zu dem jüngsten Parteitag in Chicago aufgestellt hat. Danach waren von den Delegierten 151 Amerikaner, 16 Deutsche, 7 Russen, 4 Irländer, 9 Engländer, 8 Kanadier, 4 Finnen, und 9 Delegierte waren Angehörige neun anderer verschiedener Nationen. Dem Berufe nach waren die Delegierten: 73 gelernte Handwerker, 3 ungelernete Arbeiter, 9 Grubenarbeiter, 14 Farmer, 7 Stenographen, 4 Eisenarbeiter, 21 Handlungsgehilfen, 12 Anwälte, 16 Redakteure und Zeitungsangestellte, 4 Zahnärzte, 10 Hausfrauen, 20 Agitatoren und Vortragende, 3 Geistliche und 4 Ärzte. Auch das Alter der Delegierten wurde einer besonderen Feststellung unterzogen, weil ja doch die Gegner oft genug behaupten, daß die Sozialisten entweder „alte Narren“ oder „dumme Jungen“ seien. Danach waren zwischen 20 und 30 Jahren alt 22 Delegierte, zwischen 30 und 40 Jahren 77 Delegierte, zwischen 40 und 50 Jahren 65 Delegierte, zwischen 50 und 60 Jahren 47 Delegierte.

Genossenschaftsbewegung.

Ein treffendes Wort über den Wert und die Bedeutung der Konsumvereine, wie man es von amtlicher Stelle nicht oft hört, hat Herr Oberbürgermeister Schmieber in Eisenach zu der Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine geäußert. Herr Schmieber war zur Teilnahme an den Verhandlungen geladen, er erschien auch und führte in seiner Begrüßungsrede nach dem jetzt erschienenen stenographischen Berichte unter anderem aus:

„Sind doch die Bestrebungen, die sich in Ihnen verkörpern, einer der stärksten Ströme, die augenblicklich in unserem wirtschaftlichen Leben und seiner Entwicklung dahinstreichen, einer der stärksten und auch wohl aus sichtreichsten Ströme, weil er auf einem durchaus gesunden Gedanken, dem wirtschaftlichen Gedanken, begründet ist, ein Gedanke, der sich allmählich, man kann wohl sagen, die ganze Welt erobert. Sieht man diese großen Organisationen, die ja nicht alles erschöpfen können, so könnte man fast die Befürchtung hegen, daß zwischen diesen beiden mächtigen Faktoren (Unternehmertruppe und Arbeitergenossenschaften) — der eine mächtig durch die Macht seines Kapitals, der andere mächtig durch die Zahl seiner Mitglieder — das, was in der Mitte liegt, zerrieben und vernichtet werden könnte. Ich meine den Gewerbestand, die Gewerbetreibenden, den kleinen Kaufmann, den kleinen Produzenten, dasjenige gerade, was man den Mittelstand zu nennen pflegt, also einen Stand, auf dessen Gedeihen auch jede Stadtverwaltung ganz besonderen Wert und Nachdruck legen muß. Ich glaube aber, daß diese Befürchtung keine gerechtfertigte ist, daß nämlich auch der Mittelstand sich z. B. als gleichberechtigter Faktor erhält zwischen dem Großproduzenten und dem Großkonumenten, je mehr er sich selbst auch den Genossenschaftsgedanken dienlich macht. Sehen Sie sich in dem Mittelstande um. Wo Sie ein gedeihliches Wirken finden, da gründet sich dieses in den meisten Fällen auf ein Zusammenwirken. Sie finden die Rohstoffkonsumgenossenschaften, die den Handwerkervereinen leichteren und billigeren Bezug ihrer Materialien ermöglichen. Sie finden die Verkaufsgenossenschaften — um einmal an ein alltägliches Beispiel zu erinnern — wo sich die vielen kleinen Bauern zusammentun und eine genossenschaftliche Molkerei oder eine Genossenschaftsbrennerei und dergleichen gründen, um gemeinsam zu produzieren und auch hier wieder sich den Genossenschaftsgedanken dienlich zu machen. Wenn der Mittelstand sich in dieser Weise weiterentwickelt und die Konsumvereine sich weiter entwickeln, so wird — das darf man vielleicht hoffen — die genossenschaftliche Organisation der Großindustrie sich mehr und mehr darauf konzentrieren, ihr Ansehen und ihr Gewicht im Welthandel in die Waagschale zu werfen, und man kann dann mit Gewißheit und mit Ruhe sagen, daß auch dort der Genossenschaftsgedanke unserem Gemeinwohl, der gesamten Volkswirtschaft und Volkswirtschaft in unserem Vaterlande dienlich ist. So glaube ich, daß der Genossenschaftsgedanke überall, wo er sich zum Durchbruch verhilft, zum Segen derjenigen gereicht, die sich ihm anschließen, und damit schließlich auch zum Segen unseres ganzen Vaterlandes. Dieses liegt uns allen am Herzen, und speziell natürlich liegt es den Stadtverwaltungen, den Verwaltungen, die die Organisationen des Staates und des Reiches zu leiten haben, ganz besonders am Herzen. Wenn Sie also weiter auf ihrem Gebiete fortfahren, den Genossenschaftsgedanken zu pflegen, so können Sie gewiß sein, daß Sie gerade in den Städten und bei den Stadtverwaltungen auf weitgehendste Sympathien stoßen, wenigstens soweit die Stadtverwaltungen einen Blick haben, der weit genug ist, um zu erkennen, daß der Genossenschaftsgedanke und das Konsumvereinswesen nicht darauf abzielen, den Mittelstand zu ruinieren, sondern daß der Genossenschaftsgedanke gerade auch den Mittelstand zu heben geeignet ist.“

Das klingt anders wie die sonst bei amtlichen Stellen vielfach beliebte Konsumvereinshege, die sich gerne mit der Notwendigkeit des Mittelstandschutzes entschuldigt. Der „weite Blick“, von dem Herr Schmieber sprach, ist eben nicht nur bei Stadtverwaltungen seltener als man annehmen sollte. Es wird den Konsumvereinen gehen wie vielen anderen Bewegungen: sie werden erst dann die gebührende Anerkennung finden, wenn sie groß und stark geworden sind. Dazu sind sie auf dem besten Wege. Die breiten Massen der Konsumenten, in deren Interessen die Konsumgenossenschaften wirken, sollten nur das Wort des Herrn Schmieber beherzigen, daß die Genossenschaft allen denen zum Segen gereicht, die sich ihr anschließen. Dann würden sich die Konsumgenossenschaften recht bald die Anerkennung erzwingen haben, die man ihnen jetzt noch vorenthält.

Das Erwachen Aliens.

Dr. Beer in der „Neuen Zeit“.

Der moderne europäische Imperialismus hat gleich dem mazedonischen und römischen Imperialismus des Altertums den konservativen und in jahrhundertlangen Rhythmen sich bewegenden Osten in Gärung versetzt. Aber zugleich dem antiken Imperialismus, der nur den Saum Aliens berührte und ihm im besten Falle nur ideologische und deshalb vorübergehende Einflüsse mitbrachte, führt der moderne Imperialismus wirtschaftliche Güter und technologisches Können ganz Asien zu, die dauernde Veränderungen im Bau der asiatischen Gesellschaften zur Folge haben. Osten und

